

Einzelpreis in Oesterreich:
An Wochentagen 800 K
An Sonn- und Feiertagen
1000 K

Monatsbezugspreis:
Für Wien, Oesterreich
(Postsparkassentonto 30556)
20.000 K
mit „Wiener Stimmen“
28.000 K

Redaktion, Verwaltung,
Anzeigenannahme und
Druckerei, Wien, 8. Bezirk,
Straygasse Nr. 8.

Veranstalter 1870, 1887, 2002.

Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk

Monatsbezugspreis:
Für Tschecho-Slowakei (Postsparkassentonto 30556) 2 K 12.—
mit Wiener Stimmen 2 K 17.—
Polen, 1/2 jährliche Postsparkassentonto 4.—
mit Wiener Stimmen 5.—
Amerika, 1/2 jährliche Dollar 2.—
mit Wiener Stimmen Dollar 3.—
Ungarn (Postsparkassentonto 3. d. Nr. 30.000.—
mit Wiener Stimmen 5. Nr. 28.000.—
Deutschland (Postsparkassentonto 33325) 2. Nr. 24.000.—
mit Wiener Stimmen 5. Nr. 32.000.—
übriges Ausland 5. Nr. 30.000.—
mit Wiener Stimmen 5. Nr. 42.000.—
oder Gegenwert in betreffender Landeswährung.

Stadtanzeigennahme:
Wien, 1. Gürtelstraße Nr. 11.
Fernsprecher 76529.

Nr. 287

Wien, Freitag, den 19. Oktober 1923

30. Jahrgang

Diplomatischer Bruch zwischen Bayern und Sachsen.

München, 18. Oktober. (Südb. N. B.)

Auf die Mitteilung der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers in München aus dem sächsischen Staatsverband, nach der eine neuerliche Besetzung der sächsischen Gesandtschaft in Aussicht gestellt worden war, hat das bayrische Staatsministerium des Auswärtigen dem sächsischen Außenministerium geantwortet, die bayrische Regierung sei, solange die kommunistische Partei in der sächsischen Regierung vertreten sei, nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Zu gleicher Zeit hat die bayrische Regierung ihren Gesandten bei der sächsischen Regierung abberufen.

Keine Abberufung Loffows.

München, 18. Oktober. (Südb. Korz.-Bur.)

Zu den Verhandlungen über die Abberufung des Generals v. Loffow erklärt die „Staatszeitung“, daß an maßgebender Stelle ein Wechsel in der Besetzung des Wehrkreiskommandos zurzeit nicht als opportun betrachtet werden könnte.

Kommunistische Reichsräte.

Dresden, 18. Oktober. (Wolff.)

Der kommunistische Finanzminister Böttcher und der kommunistische Wirtschaftsminister Hedert sind zu Mitgliedern des Reichsrates ernannt worden. Die Reichsräte Wöllert und Schmidt sind in den zeitweiligen Ruhestand versetzt worden, da beide erklärt haben, daß sie bei der politischen Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein erprießliches Weiterarbeiten glauben könnten.

Englische Rohlentredite für Deutschland.

London, 18. Oktober. (Gadad.)

Die „Evening Standard“ meldet, habe die Reichsregierung bei Londoner Banken langfristige Kredite von mehreren tausend Pfund Sterling zum Ankauf von Kohle erhalten.

Fortsetzung der Düsseldorfer Industriellenverhandlungen.

Berlin, 18. Oktober.

Wie die Blätter berichten, nehmen die Verhandlungen Stinnes und der Ruhrindustriellen mit General Degoutte in Düsseldorf ihren Fortgang. Nach Blättermeldungen besteht bei den Ruhrindustriellen die Absicht, ihre Arbeiter aus Geldmangel auszusperren, falls ihnen von Seiten Frankreichs kein Entgegenkommen gezeigt werde.

Aus Mübezahl Heimat.

In dem heimeligen Wartenraum des Moor- und Schwefelbades Wurzelstorf liegen, den Kurgästen die Wartezeit zu verkürzen, verschiedene deutsch-böhmische Zeitschriften und Broschüren auf. Eines dieser Werke, das mir zunächst in die Hand fiel, enthielt eine lange, gründliche, mit historisch-mythologischem Wissen schwer beladene, ernste Abhandlung über ein Thema, das man gewohnt ist, leichter behandelt zu sehen, einen gelehrten Aufsatz über den Herrn von Berge, dem berühmten Spulgeist des Riesengebirges, über Mübezahl.

Es wurde da wirklich tiefstürfende Arbeit geleistet, so recht zum Beweise, daß deutscher Forschergeist sich in jedes, auch das abstruhesten Thema zu rufen vermag. Der Aufsatz war übrigens gut geschrieben und enthielt eine geistreiche Darlegung der Wandlungen, die die Volkssage von Mübezahl im Laufe der Jahrhunderte durchgemacht. Ursprünglich ein finsterner, dämonischer Erdgeist, gewann die Gestalt Mübezahl's lichtere Züge, als sich die Bewohner des Fier- und Riesengebirges von dem undankbar gewordenen Bergbau abwendten und ihre Tätigkeit auf die Oberfläche der Erde verlegten, als sie Bauern wurden.

Es war kein bloßer Zufall, daß das Wurzelstorfer Badehaus einen so interessanten Beitrag zur Mübezahl-Literatur aufzuweisen hatte; Wurzelstorf selbst liegt hingebettet in die fogenreiche Welt Mübezahl's, dort wo sich an dem Zusammenflusse von Fier und Mummel das Fier- und das Riesengebirge die Hand reichen und wo ein Paradies der Fußwandlerer beginnt, wie es ein zweites kaum irgendwo in Europa gibt. Es dauert recht lange, bis man in dieses Paradies kommt; nach Prag führt uns zunächst ein ausgezeichnete friedensmäßiger Schnellzug mit neuen Garnituren und einen tadellosen Schlafwagen. Das Ueberschreiten der Grenze erfolgt, für uns wenigstens, unmerklich; wir hatten dem Schlafwagenkondukteur Pässe und Schlüssel anvertraut und erwachten erst kurz vor Prag aus einer nur durch die erhebliche Hitze des Sulftages geordneten Nachtruhe. Am „Wilson“-Bahnhof in Prag eine förmliche Völkerwanderung; alle Bahnsteige

Hilfe für die Alters- und Kleinrentner.

Die Vorlage eines Gesetzentwurfes über Einkommenszuschüsse für Kleinrentner im Ministerrat beschlossen. Schaffung eines Kleinrentnerfonds.

Wien, am 18. Oktober.

Die Bundeskanzler Dr. Seipel vor wenigen Tagen in einer Versammlung mitteilte, hat der Ministerrat vor kurzem beschlossen, dem Nationalrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die Fürsorge für die Alters- und erwerbsunfähigen Kleinrentner geregelt wird. Aus den Mitteilungen, die Bundesminister Schmitz in Versammlungen des Vereines „Kleinrentnerschutz“, stets unter großem, dankbarem Beifall der Zuhörer, gemacht hat und die nun heute durch die amtliche Nachrichtenstelle der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, geht hervor, von welcher weittragender Bedeutung der Inhalt dieses Gesetzentwurfes für alle Betroffenen ist. Er sichert den notleidenden oder erwerbsunfähigen gewordenen Kleinrentnern von einer gewissen Altersgrenze an Einkommenszuschüsse zu, die es ihnen ermöglichen, den Aufwand für den notwendigen Unterhalt zu decken. Diese Zuschüsse sollen aus einem neu zu bildenden Fonds zu zahlen sein, dem einerseits der Bund, andererseits aber auch die Gemeinden, welche seinerzeit den Erlös mündelsicherer Anleihen für Investitionen in ihren auf Gewinn berechneten Unternehmungen verwendet haben, alljährlich bestimmte Beiträge zu leisten haben.

Unter den Gemeinden, die durch das vorliegende Kleinrentnergesetz zur Beitragsleistung verpflichtet werden, steht die Gemeinde Wien voran. Die Herren im Wiener Rathaus, die unwürdigen Erben weisheitlicher Vorfahren, können sich nicht ganz mit der guten finanziellen Lage der städtischen Unternehmungen, der Gas- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahn brüsten. Aber sie und ihre marktschreierischen Genossen haben noch niemals daran gedacht, wenigstens einen Teil des Gewinnes dieser Unternehmungen für die Verbesserungen der Lebenshaltung jener Greise und Erwerbsunfähigen zu verwenden, die seinerzeit ihr Geld der Gemeinde für ihre Anleihen in der Hoffnung auf eine sichere Altersrente übergeben hatten. Wäre ihnen die Kleinrentnerfrage jemals mehr als ein willkommenes Wahlschlager gewesen, so hätten sie es längst schon in der Hand gehabt — Weitner schämt sich ja doch nach seinen und seiner Lobredner Behauptungen in Milliarden —, das, was sie vom Bund überstchwänglich für die Kleinrentner forderten, im eigenen Wirkungsbereich, wenigstens in den Grenzen des Möglichen und Willigen, durchzuführen. Sie dachten jedoch im Ernst gar nicht daran, obwohl die Kleinrentner der Gemeinde Wien, deren Geld auf den gewinnbringenden Unternehmungen der Stadt liegt, finanziell weit begründetere Ansprüche auf die Regelung ihres Renteneinkommens erheben können, als die Besitzer von Papieren, deren trag-

fähige Grundlage mit dem alten Staat verschwunden ist. Sie hatten niemals den Willen, das Los der Rentner aus den Investitionsanleihen der Gemeinde zu verbessern, obwohl ihnen dies leicht möglich gewesen wäre. Ihre Untätigkeit ist der beste Beweis ihrer Gleichgültigkeit und dafür, daß es ihnen, so viel sie in der Kleinrentnerfrage versprochen und begehrt, lebendig um Wählerfang zu tun war.

Aber während die Sozialdemokraten redeten, versprachen und begehrt, handelte die Regierung. Nicht nur für die Kleinrentner, die Staatspapiere besitzen, sondern auch für diejenigen, die Gläubiger von Gemeinden sind. Der vorliegende Gesetzentwurf, über dessen Annahme im Nationalrat wenigstens durch die nichtsozialdemokratischen Parteien kein Zweifel besteht, verpflichtet Bund und Gemeinden. Wer von den Kleinrentnern daher die möglichst rasche Verabschiedung dieses Gesetzes durch den kommenden Nationalrat und dessen Durchführung schon im neuen Jahr wünscht, muß sich klar darüber sein, wem er am 21. Oktober seine Stimme geben will: den Sozialdemokraten, die für die Kleinrentner immer nur unerfüllbare Versprechungen hatten, oder den Parteien der Regierung, die den ernsten Willen, den Kleinrentnern zu helfen, soweit es möglich ist, nun schon durch eine bedeutungsvolle Tat bewiesen hat.

Der Inhalt des Gesetzentwurfes.

Die amtliche Nachrichtenstelle teilt mit: Seit vielen Wochen wurden zahlreiche Verhandlungen geführt, welche sich mit der Fürsorge, für die durch die Geldentwertung notleidenden Alters-, bzw. erwerbsunfähigen Kleinrentner befassen. Diese Verhandlungen gelangten vor kurzem zum Abschluß. Der Verein „Kleinrentnerschutz“ hielt aus diesem Anlaß mehrere sehr stark besuchte Mitgliederversammlungen ab, an denen über Einladung des Vereines auch Bundesminister Schmitz teilnahm und dort folgendes mitteilte:

Der Ministerrat hat beschlossen, dem Nationalrate bei seinem Zusammentritt einen Gesetzentwurf über Einkommenszuschüsse für Kleinrentner vorzulegen. Kleinrentner, die Einkommenszuschüsse erhalten sollen, sind nach dem Gesetzentwurf Männer, die das sechzigste, und Frauen, die das fünf- und fünfzigste Lebensjahr erreicht haben, deren Altersversorgung durch ein Renteneinkommen aus mündelsicherer inländischer Wertpapieren in einem die Existenz ermöglichenden Umfang gesichert war, das aber nunmehr nebst dem sonstigen Einkommen, das diese Personen beziehen oder das sie sich durch

und Wartehallen überfüllt von einer unabsehbaren Menge von Ausflüglern; es war Sonntag und bei der drückenden Atmosphäre strebte alles, was irgend konnte, aus der blaugrauen Dunstwolke, in die die Walsbaurstadt gekleidet war, hinaus ins Freie. Da nur mit einer längeren Verspätung angelangt waren, hatten wir den einzigen guten Zug verpaßt, der uns noch am Vormittag nach Gröntal, der Eisenbahnstation von Wurzelstorf, gebracht hätte und versuchten nun in aller Eile und der freundlichen Hilfe von Gepäckträgern und Kondukteuren, die sich in dankenswerter Weise bemühten, unser Deutsch zu verstehen und sich uns verständlich zu machen, unsere Weiterreise nach Wurzelstorf zu kombinieren, wo wir dann auch glücklich, nach dreimaligem Umsteigen und stundenlangem Warten, auf sonnendurchglühnten Bahnhosperrons um sieben Uhr abends landeten.

Die Fahrt ging vorerst bis nahe an Turnau durch eine ziemlich reizlose Gegend; nichtsdestoweniger ergossen sich in den einzelnen Stationen des überfüllten Lokalzuges, der, wie alle Personenzüge in der Tschechoslowakei, keine erste Klasse führte — Scharen von Ausflüglern, deren weiblicher Teil in eine Art tschechisches, sehr süßliches Dirndlkleidung gekleidet war, ins Land, ohne daß wir verwöhnten Alpenbewohner hätten entdecken können, welche verborgenen Schönheiten sie wohl zum Verlassen des Zuges veranlaßt haben mochten. Unseren historischen Sinn regte unterwegs, als wir ihn mühsam ins Deutsche zurückübersetzt hatten, der Stationsname von Münchengräß an, wo am 28. Juni 1866 das bekannte unglückliche Treffen stattfand, das den Rückzug des Grafen Clam-Gallas nach Königgräß zur Folge hatte und den Auftakt der Tragödie bildete. Von 1866 bis 1918 ein weiter, aber mit unerbittlicher Logik vorgezeichneter Weg!

In Turnau wandelte sich das Bild der Landschaft; zu unserer Linken erstreckte die Fier, bald tief eingeschnitten, bald mit flachen Ufern; eine Reihe von prächtigen Wald- und Felslandschaften, wie der alte Baedeker mit Recht bemerkt, „Drohfließ befehlt wurde das Bild durch helle Saufen von Badenden, die den ganzen Lauf der Fier bevölkerten und am Ufer an passenden Stellen „Gänsehäufel“ spielten. Weniger obdäufel, die den Spureweg der Bahn begleitenden

Fabrikanlagen; Glas- und Textilwaren; es ist alter, böhmischer Fabrikboden.

Neuerliches Umsteigen in Eisenbad, von wo aus eine im Kamnitzer bergan führende Freieisenbahn nach Lannwald führt. Bis auf angefedelte tschechische Fabrikarbeiter, deutsche Bevölkerung, aber natürlich tschechische Aufschriften und tschechisches Bahnpersonal.

Von Lannwald wieder eine andere kleine Bergbahn mit Zahnradtrieb, Wadukten und Tunneln, die uns in ungefähr einer Stunde nach unserer Endstation Gröntal bringt, das schon 700 Meter hoch liegt und bereits alpinen Charakter hat. Eine kurze, etwa 10 Minuten währende Auto- busfahrt und wir sind endlich in Wurzelstorf.

Die tschechischen Finanz- und Zollbeamten in Wurzelstorf sind elegante Leute; sie speizieren in funderlnagelnen in die Taille geschnittenen Kasimirsformen, einen stierischen Bergstock in der Hand, das kurze Gewehr am Hüften, als ginge ein smarter Engländer auf die Jagd.

Von der größeren oder geringeren Liebesswürdigkeit dieser Elegants hängt es ab, ob der Bewohner und Kurgast von Wurzelstorf die Schönheiten des Geländes im vollen Ausmaße und mit Bequemlichkeit genießen kann, denn diese Schönheiten sind hier an beiden Ufern der Fier ziemlich gleichmäßig ausgebreitet und die Fier scheidet hier den preussisch-tschechischen von dem böhmischen Teil des Riesengebirges. (Die berühmten Attraktionspunkte des Touristenverkehrs an der elektrischen Bahn Gröntal-Gröntal-Gröntalberg-Schreiberhau-Warmbrunn-Agnatendorf usw. liegen allerdings auf der preussischen Seite, die böhmische hat in diesem Genre nur das Fremdenzentrum Spindelmühle entgegenzustellen.)

Die landschaftlichen Reize des Riesengebirges zu schätzen unterlange ich mich nicht; Schönheit kann bekanntlich nicht erzählt, nur erlebt werden. Die Natur ist hier herb und klar, es ist die rechte Heimat der Weber Gerhard Hauptmanns, der drüben in Agnetendorf kein Wort aufgeschlagen.*) Als tief in den Mai hinein (so heuer der Schnee und es ist rührend zu sehen, wie die prächtigen Heuhäufen

* Hauptmann hat die Weber im benachbarten Sulzengebirge lokalisiert.

eine ihrer Bildung und ihrem Lebenslauf entsprechende Tätigkeit im Hinblick auf ihre Arbeitsfähigkeit und die für sie vorhandene Arbeitsgelegenheit zu verschaffen in der Lage wären, nicht ausreicht, um den Aufwand für den notwendigen Unterhalt zu decken. Beim Vorliegen besonderer Umstände kann unter die erwähnten Altersgrenzen herabgegangen werden. Ebenso soll durch die Verordnung möglich sein auch andere Gruppen, deren Verhältnisse denen der Kleinrentner sehr ähnlich sind, in die Hilfsaktion einzubeziehen.

Zur Ermöglichung der Zahlung der Einkommenszuschüsse soll ein

Kleinrentnerfonds

gebildet werden, für den im Gesetzentwurf bestimmte Zuflüsse vorgeesehen sind und der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung verwaltet werden soll. Diese Zuflüsse bestehen einerseits in den alljährlich im Bundesvoranschlag einzusetzenden Summen, andererseits in Beiträgen, die von den Gemeinden zu leisten sind, bezw. von Rechtssubjekten eingehoben werden, die vor einem bestimmten Tage mündelsichere Anleihen in österreichischer Währung oder Kronenwährung ohne Gold- und Silberverpflichtung aufgenommen und den Erlös dieser Anleihen für Investitionen in ihren auf Gewinn berechneten Unternehmungen verwendet haben, die sie derzeit noch betreiben. Rechtssubjekte, die zur Erlangung eines solchen mündelsicheren Anlehens der Haftung des Staates oder eines Landes bedürftig sind, sollen von der Beitragspflicht befreit sein, doch bleibt es ihnen unbenommen, den sonst auf sie entfallenden Beitrag freiwillig in den Fonds einzuzahlen. Eisenbahnunternehmungen, die einen Zuschuß aus Bundes- oder Landesmitteln beziehen, haben keinen Beitrag zu leisten.

Die Bundesregierung hofft, daß dieser Gesetzentwurf mit dem neuen Jahr in Kraft treten kann. Sie hat jedenfalls für die Uebergangszeit bis zum Inkrafttreten des Gesetzes die Lage der Kleinrentner dadurch zu verbessern sich bemüht, daß sie

die Zuwendungen auf das dreifache Ausmaß der bisherigen Auszahlungen

erhöht. Diese Erhöhung ist mit Oktober bereits eingetreten. In den Versammlungen, in denen die Präsidentin des Vereines Kleinrentnerschaft, Frau Klotilde Altko, den Vorsitz führte und einen ausführlichen Bericht über das Wirken des Vereines und über die Verhandlungen der Regierung erstattete, wurden diese Mitteilungen des Ministeriums mit großem Beifall zur Kenntnis genommen.

Die vercharterten Milliarden der Gemeinde Wien.

Von Gemeinderat Franz Zimmerl.

Die Finanzgewaltigen der Gemeinde Wien sind in heller Aufregung. Das herrlich schimmernde Finanzgebäude, das man aus wohlthätigen Gründen in den letzten Wochen der erstaunt aufstrebenden, aber ungläubigen Menge vor Augen erstehen ließ, droht unter der sachlichen Kritik zusammenzustürzen.

Mit mir sind weite Kreise der Bevölkerung darüber erregt, und dazu haben wir ein gutes Recht, daß man 275 Milliarden in Banken zu einer Zeit liegen ließ, da die Arbeitslosigkeit eine ganz entsetzliche war, da die Feindner der sonst so viel besungenen Stadt am Donaustrande Vektorenten bekamen, da die Pflichten eben dieser einst so numifizierten Gemeinde ungenügende Kosten und lächerliches Sandgeld bekamen, das kaum ausreichte, sich auch nur den geringsten Bedarfsgegenstand anzuschaffen, zu einer Zeit, da die Straßen fast unpassierbar, da die öffentlichen Gartenanlagen dem Verfall preisgegeben waren, da von einer großstädtwürdigen Beleuchtung überhaupt nicht gesprochen werden konnte. Darüber herrscht Erregung, daß man erst, als der Wahltermin immer näher heranrückte, mit dem sogenannten Notstandsprogramm hervorgetreten ist, über das wohl mehr Papier geschrieben wurde, als seinerzeit etwa über den Bau des Suezkanals.

Daß eine so vollreiche, eine so ausgedehnte Gemeinde wie Wien Kassenbestände haben muß, ist jedem klar; daß man solche Kassenbestände nicht nutzlos liegen lassen wird, sondern sie möglichst fruchtbringend anlegen wird, ist

auf den frisch gemähten Wiesen mit Tüchern gedeckt werden, um sie vor Mäse zu schützen. Eigentliche Großartigkeit fehlt: keine schneebedeckten Firne, keine himmelstreichenden Felsungeheuer. Im Gegenteil: man kann das ganze Gebirge sozusagen in Lackstiefeln durchstreifen, es von einem Ende zum andern die Schneeföhne mit eingeschleppen, ohne jede Gefahr, beinahe ohne jede Mühe durchzuwandern. Hochobere Täler, tiefe Schluchten (Gründe genannt), fabelhaft kultivierte Hochwälder, die von dem Segen alten, großen, ererbten Grundbesitzes zeugen, überall frisches Grün, Bergkuppen mit freundlicher Rundsicht, Quellen, Bäche und Flüsse, wohlgeratene, weit zerstreute Ansiedlungen (Schreiberhaus beispielsweise bedeckt 42 Quadratkilometer, ausgezeichnete Wege nach allen Richtungen, Kammerwanderungen von einer Länge und Abwechslung wie kaum irgendwoanders in den Alpen und last not least an allen Ecken und Enden, mit richtigem Instinkt in die Gegend gestellt, große, wohlliche Einkehrhäuser (Wuden), die ohne provokative Hotelmonieren angenehmer zu haben, dem Wanderer allen Komfort bieten, der er billigerweise beanspruchen kann.

Es wird aber auch gewandert! Wenn man zu irgend einer Tageszeit in dem freundlichen Speisesaal des von den Familien Seiner und Kaiserin mit liebevoller Sorgfalt und vorbildlicher Wirklichkeit geleiteten Badehotels sitzt, das an der Straße von Grinthal nach Sarrachsdorf gelegen ist, sieht man sie in Scharen vorüberziehen; bald ganze Familien, bald Gruppen von jungen Leuten beiderlei Geschlechtes, bald einsichtige Wanderer, bald Fremdes- und Liebespaare. Sie kommen nicht von einem bestimmten Ausflugszentrum, sie haben auch kein bestimmtes Ziel. Sie wandern durchs Gebirge wie die

ebenso klar. Daß aber Kassenbestände von 275 Milliarden notwendig seien, muß ganz entschieden bestritten werden. Aus der Tatsache, daß die Gemeinde Wien einen solchen großen Betrag bei den so sehr bekämpften Banken monatelang liegen ließ, ohne dringend gewordene Arbeiten durchführen zu lassen, ohne den berechtigten Lohnforderungen ihrer Angestellten das nötige Entgegenkommen zu zeigen, ergibt sich zweierlei: Entweder man wollte jenen Instituten, denen man den ganz erheblichen Betrag zur Einlage übergab, freundlich entgegenkommen, indem man ihnen das unter allen irdischen Steuertiteln zusammengekehrte Geld längere Zeit beließ, oder aber man hat selbst die dringendsten Arbeiten und die Erhöhung aller jener Forderungen, welche aus gesetzlichen Ansprüchen an die Gemeinde hervorgehen, mit Rücksicht hinausgeschoben, um knapp vor der Wahl auf Kosten der Allgemeinheit parteimäßige Propaganda und Reflamme zu betreiben. Die christlichsozialen Gemeindefunktionäre haben in der Budgetdebatte und im Laufe der ersten vier Monate des Jahres 1923 wiederholt Anträge gestellt, die aber vom Finanzreferenten Stadtrat Breitner mit der lakonischen und stereotypen Begründung abgelehnt worden sind, daß die finanzielle Lage die Annahme dieser Anträge nicht ermögliche, d. h., daß eben die notwendigen Mittel nicht vorhanden seien, wobei es sich um ganz minimale Beträge gehandelt hätte, die die Einlagen bei den Banken bei weitem nicht erschöpfen hätten. Es ist jetzt auch klar, warum der Finanzreferent sich durch längere Zeit hindurch beharrlich gemeigert hat, im Finanzanschluß Mitteilung über die finanzielle Situation der Gemeinde Wien zu machen. Erst der Rechnungsabluß über das Jahr 1922 hat das Geheimnis gelüftet. Das sozialdemokratische Organ erachtete sich in längerer Ausführungen über die Bauartigkeit der Gemeinde Wien. Es hat ganz recht, wenn es sagt, daß im Frühjahr der Beginn der Bauperiode sei. Warum aber hat die Gemeinderatsmehrheit gerade diese wertvolle Zeit ungenutzt verstreichen lassen? Warum wurde das sogenannte Notstandsprogramm erst zu Beginn des Sommers der Beschlußfassung im Gemeinderat unterzogen? Wenn die Beratungen erst zu so einem vorerückten Zeitpunkt erfolgen, dann kommt man beargwöhnischerweise, wie es sich ja jetzt bei der Herstellung der Straßen zeigt, in eine unangenehme Jahreszeit hinein und es ist mehr als wahrscheinlich, daß solche Arbeiten im nächsten Jahre eben noch einmal, und zwar zeitgerecht durchgeführt werden müssen, was eine schwere Schädigung der Allgemeinheit bedeutet. Das ist es ja, was wir der Gemeinderatsverwaltung zum Vorwurf machen, daß sie ihre Beschüsse nicht im Winter fassen ließ, um sofort im Frühjahr mit der Bauartigkeit einsetzen zu können, obwohl sie, wie mir jetzt mit Erstaunen vernommen haben, dazu überreichliche Mittel besaß, sondern aus Gründen zugewartet hat, die Herr Stadtrat Breitner noch aufzuklären haben wird.

Wenn in dem offenbar von Stadtrat Breitner verfassten Artikel des sozialdemokratischen Blattes die Geschmacklosigkeit beanstanden wird, die Angelegenheit so darzustellen, als ob ich deshalb unachalten wäre, weil Doktor Breitner dem Institut, bei dem ich angestellt bin, keine Einlagen überwiesen hat, so erlaube ich mir festzustellen, daß weder ich, noch die Niederösterreichische Gewerbe- und Handelsbank uns je um Einlagen der Gemeinde Wien beworben haben. Dies geht nicht deshalb, weil mir eine Geschäftsverbindung mit der Gemeinde Wien ablehnen, sondern deshalb, weil mir sehr gut wissen, daß Herr Stadtrat Breitner einem Institute, das die verfügbaren Mittel reiflos dem Gewerbe- und Handelsstande und der mittleren Industrie zur Verfügung stellt, nicht sehr gewogen sein kann. Aber wenn schon die Frage der Geldanlage aufgeworfen wurde, so fordere ich Herr Stadtrat Breitner auf, der Deffektivität mitzuteilen, bei welchen Instituten er die 275 Milliarden angelegt hat, damit gemeinlich bekannt werde, welche Banken sich seiner besonderen Gunst und Guldereuen.

Leset und verbreitet die „Wiener Stimmen!“

Sandwerksburichen auf den gemüthlichen Bildern der romantischen Zeit und lehren ein, wenn der Tag zu Ende geht. Zimmerlein steht gewöhnlich ein Besuch der Burg Annast, eine Besteigung der Schneeföhne und eine Besichtigung der sogenannten Schneegruben auf dem Programm. Diese Schneegruben, von denen sich die eine bei Ainetendorf, die beiden anderen in der Gegend von Schreiberhaus befinden, sind eine Eigentümlichkeit des Riesengebirges: altes Gletschergebiet, Ausbühlungen von ungefähr 200 Meter Tiefe, botanisch und geologisch vom größten Interesse.

Die Ungunst der Zeit hat sich im heurigen Sommer auch durch eine sehr fühlbare Abnahme des Fremdenverkehrs in dem böhmischen Teil des Riesengebirges bemerkbar gemacht. Die Heilkräft des Wurzeltdorfer Moores und Schwefels hatte in früheren Jahren zahlreiche Besucher aus Preussisch-Schlesien angezogen; diese sind hener ausgeblieben und es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß sie sich im kommenden Jahre wieder einstellen werden. Aus dem alten Oesterreich war der Bezug niemals irgendwie nennenswert und so ist die rührige Badeverwaltung von Wurzeltdorf derzeit auf den Verkehr der Einheimischen angewiesen, die, ohne in Wurzeltdorf selbst zu wohnen, aus der näheren Umgebung per Wagen und per Bahn herbeikommen, um ihre Badekur zu absolvieren.

War der Sommer also nicht sehr ergiebig, so verspricht sich Wurzeltdorf einige Entschädigung von dem frühlichen Treiben der Wintersportler und von der Tanzlust der Jugend aus den umliegenden Industriorten, die sich im Fasching, trotz Schnee und Kälte, in dem geräumigen Theateraal des Badehotels ein Stelldchein gibt.

A. M. G.

Der sächsische Konflikt.

Dresden und München sind heute die Mittelpunkte stärkster sozialer Gegensätze und da diese letzteren auch in der Zusammenlegung der sächsischen und bayrischen Regierungsstellen zum Ausdruck kommen, so ist eine ernste Rückwirkung auf die Koalitionsregierung in Berlin fast unvermeidlich. Die sozialistisch-kommunistische Regierung in Sachsen ist ebenso wie die Regierung in Thüringen ganz im kommunistischen Fahrwasser und trotz aller verschleienden Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner ist es zweifellos, daß wie die Petersburger „Krasnaja Gazeta“ schreibt, „in dem roten Sachsen sich die revolutionäre Macht kristallisiere und die Geschwader der Revolutionäre sich formieren. Um diesen Prozeß der Bolschewisierung Deutschlands zu unterbrechen, hat der Befehlshaber des Wehrkreises IV in Dresden Generalleutnant Müller, gestützt auf die Befugnisse, die ihm der Ausnahmestatus verleiht, die Auflösung der „proletarischen Hundtschaften“, der roten Kampforganisationen, verfügt. Diese Maßnahme fand selbstverständlich den Widerspruch der Regierung Zeigner und der kommunistische Finanzminister Röttcher hat in der am 13. d. in Leipzig stattfindenden Kommunistenversammlung zur allgemeinen Bewaffnung der roten Arbeiterschaft aufgerufen und eine offene Kampfanfrage an die Reichsregierung gerichtet. Auf diese Herausforderung hin hat der Dresdener Wehrkreiscommandant die sächsische Regierung aufgefordert, sich bis zum 18. Oktober, 11 Uhr vormittags, darüber zu äußern, ob sie sich mit den Ausführungen des Ministers Röttcher einverstanden erkläre, oder ob sie den Weisungen des Wehrkreisbefehlshabers nachkommen wolle. Das Schreiben des Generals Müller hat der sächsische Ministerpräsident unbeanwortet gelassen und im Landtag das Vorhaben des Wehrkreisbefehlshabers für ungesetzlich erklärt, sowie gegen die Reichsregierung die Anklage erhoben, daß sie Bayern und Sachsen gegenüber ein unterschiedliches Verhalten an den Tag lege und in Bayern verfassungswidrige Zustände dulde. Nun der Unterschied zwischen den Verhältnissen in Bayern und Sachsen ist auf der Hand liegend. In Bayern richten sich die Maßnahmen des Generalstaatskommissars lediglich gegen die kommunistisch-sozialistische Wählarbeit, die auf einen neuen Umsturz abzielt, während in Sachsen und Thüringen die sozialkommunistischen Regierungen eben diese Bolschewisierung Deutschlands unter dem Deckmantel der üblichen marxistischen Thesen vorbereiten. Von Sachsen und Thüringen her wird das deutsche Volk heute vom Neuen mit dem Schrecken einer „Diktatur des Proletariats“ nach russischem Muster bedroht und daß dagegen alle Machtmittel aufgeboten werden müssen, ist selbstverständlich. Unter anderen Umständen wäre bei der Denkungsart der großen Mehrheit des deutschen Volkes die Gefahr der Lage durchaus nicht so groß, aber die heutige Not zerstört die Autorität der Behörden und zerlegt die Moral der Massen und macht sie für die Aufhebung der roten Agitatoren empfänglicher. Ein weiterer kritischer Umstand ist die parteipolitische Zusammenlegung der Reichsregierung, deren Schwäche auch jetzt wieder in dem Konflikt mit Sachsen deutlich zum Ausdruck kommt. Dieser Konflikt gewinnt immer mehr den Charakter eines Kampfes zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie und bedroht damit den Bestand der großen Koalition. Galt aber diese und scheiden die Sozialdemokraten aus der Regierung aus, dann fällt auch das Ermächtigungsgesetz, das an die jetzige parteipolitische Zusammenlegung der Reichsregierung gebunden ist. Die nächste Folge wäre ein weiteres Herabsinken Deutschlands ins Chaos, eine wahrscheinliche Rechtsdiktatur und schließlich der beweisene Kampf zwischen rechts und links. Vor diesen furchtbaren Möglichkeiten, Reich und Volk zu bewahren, will man jetzt in Berlin an der Arbeit. Zunächst ist wohl nicht zu befürchten, daß sich der Konflikt zwischen der sächsischen Regierung und dem Wehrkreiscommando in ernsten Zusammenstößen entladen werde. Denn Generalleutnant Müller, dessen Vorgehen auf Weisungen des Reichswehrministers zurückzuführen ist, hat sich auch bezüglich der nach der Ablehnung Belohners zu ergriffenden Maßnahmen um Meinungen nach Berlin gemenet. Im Reichskabinett fordern nun die sozialdemokratischen Minister die Aufhebung des Ausnahmezustandes, welcher Forderung sich Reichskanzler Dr. Stresemann vorläufig noch widersetzt und die auch angesichts der Feuerunsaurevolten und der kommunistischen Aufhebung kaum ohneweiters erfüllbar ist, miewohl der Ausnahmezustand im Reich unpraktisch nur zur Paralyse der bayrischen Ausnahmeverordnungen erlassen wurde. Auf jeden Fall steht die Reichsregierung vor schweren Entscheidungen, die Koalition und mit ihr das Reich vor einer neuen innerpolitischen Krise.

Dresden, 18. Oktober.

Ministerpräsident Dr. Zeigner hat auf das am 17. d. an ihn gerichtete Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreiscommandos IV keine Antwort erteilt. Der Befehlshaber des Wehrkreiscommandos IV hat darauf die Angelegenheit dem Reichswehrminister unterbreitet.

Berlin, 18. Oktober.

Wie die Abendblätter zu dem Konflikt in Sachsen melden, ist der Schritt des Generals Müller bei der sächsischen Regierung im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt.

Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ sind heute Mittag die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Bels wegen des sächsischen Konfliktes beim Reichspräsidenten vorstellig geworden. Das Wort knüpft daran die Bemerkung, daß Kräfte am Werke seien, das Unheil zu beschwören, das über Sachsen und das ganze Reich herein zu brechen drohe.

22. Berlin, 18. Oktober.

Wie die „Deutsche Wta. Ztg.“ aus Dresden meldet, wurde in der heutigen Landtagsverhandlung Ministerpräsident Dr. Zeigner von dem Volksparteiabgeordneten Binger gefragt, wo er sein Material über die Reichswehr geschöpft habe. Binger behauptete, daß dieses Material aus den Untersuchungsakten des Staatsgerichtshofes stamme. Das Verfahren sei geheim gewesen. Dr. Zeigner müsse durch einen Vertrauensbruch in den Besitz dieser Akten

gekommen sein. Dr. Zeigner blieb die Antwort darauf schuldig.

Ein sozialdemokratischer Zivilkommissar für Sachsen.

Berlin, 18. Oktober.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Meier (Zwickau) ist zum Zivilkommissar für den Wehrkreis IV ernannt worden.

Behauptungen Zeigners über eine „legale Armee“ Deutschlands.

Dresden, 18. Oktober. (Volks.)

Der sächsische Landtag beriet heute über den kommunistischen Antrag, bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Gessler zu fordern. Ministerpräsident Dr. Zeigner erklärte unter anderem, daß das Reich eine „legale Armee“ habe, allerdings, wie es scheint, ohne daß die Reichsregierung davon wisse.

Steuerungsunruhen und Plünderungen.

Ein Kalb Brot 620 Millionen Mark.

Berlin, 18. Oktober.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Plauen meldet, ist es am Mittwoch neuerlich zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Lebens- und Genussmittelhandlungen wurden von der Masse gezwungen, ihre Waren unentgeltlich abzugeben.

Nach in Berlin nahmen die Plünderungen von Bäckereien ihren Fortgang. So sind gestern abend in Köpenick, Steglitz und Lichterfeld Bäckereien ausgeraubt worden.

Mannheim, 18. Oktober.

Erhebliche Teile der Arbeiterschaft haben die Anforderung einer Betriebsräteversammlung zu einem 24stündigen Generalstreik befolgt. Gestern kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen mit der Polizei, deren Eingreifen zwar nicht Sachbeschädigungen, aber Plünderungen verhütete.

Der badische Innenminister hat über Mannheim den Unruhmisstand verhängt.

Berlin, 18. Oktober. (Volks.)

Heute kam es im Norden und Osten von Berlin erneut zu Ausschreitungen. Trupps von halbwüchsigen Burschen verlangten in Lebensmittelgeschäften die kostenfreie Verabfolgung von Waren.

Bedrohliche Folgen der Unnachgiebigkeit Poincarés.

Deutschlands Unfähigkeit zur Bezahlung der Reparationslaste.

Berlin, 18. Oktober.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat im Anschluß an die frühere Besprechung gestern nochmals dem französischen Ministerpräsidenten dargelegt, daß Deutschland nur darüber verhandeln wolle, wie Arbeit und Produktion am zweckmäßigsten und schnellsten wieder hergestellt und insbesondere die Wiederaufnahme der Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien ermöglicht werden könne.

Die Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien sei Deutschland gegenwärtig außerstande zu finanzieren. Es würde zu sehr gefährlichen Folgen führen, wenn die Kohlenzweige die Arbeit schon nach wenigen Tagen infolge mangelnder Zahlungsmittel wieder aufgeben müßten.

Die Verhandlungen über die allgemeinen Reparationsfragen müßten auch nach der Ansicht der deutschen Regierung mit allen beteiligten Mächten stattfinden. Die Reichsregierung halte es für ratsam und glänze den vielfach von Poincaré geäußerten Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Der französische Ministerpräsident hat die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Die Weisungen an die Beamten und an die Industriellen seien ihm gleichgültig. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederher-

stellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Jänner 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertigbrächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet.

Paris, 18. Oktober.

Der „Temps“ meldet aus Mainz, daß sich gestern in dem besetzten Gebiete insgesamt 20.000 Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet haben. Der passive Widerstand sei somit, soweit die Eisenbahner in Frage kämen, als beendet zu betrachten.

Kein Ultimatum Rußlands an Polen.

Die polnische Gesandtschaft teilt uns mit: In einigen Auslandszeitungen erschien eine Nachricht über eine ultimative Forderung der russischen Regierung betreffend den Durchmarsch russischer Militärs über polnisches Gebiet, um den Kommunisten Deutschlands zu Hilfe zu kommen.

Um die deutsche Schule in Rumänien.

Von unserem Korrespondenten.

Bukarest, 18. Oktober.

Die rumänische Regierung hat vor kurzem einen Gesetzentwurf über das Unterrichtswesen der Minderheiten eingebracht, der unter anderem für die Volksschulen einen täglich ein- bis zweistündigen Unterricht in der rumänischen Sprache vorschreibt und das Aufsteigen in die Mittelschule und von dieser auf die Hochschule von Prüfungen vor einer rumänischen Kommission in rumänischer Sprache abhängig macht.

Kramar über den tschechischen Staatsvoranschlag.

Prag, 18. Oktober. (Priv.)

In den „Narodni Listy“ veröffentlicht Kramar eine Betrachtung über den neuen Staatsvoranschlag der tschechoslowakischen Republik, die zwischen den Zeilen manche interessante Einblicke in die Schwierigkeiten der tschechischen Staatswirtschaft gestattet. Kramar hebt hervor, welche Mühe es gekostet hat, das neue Budget mit einem so großen Defizit abzuschließen, als das des Vorjahres.

Die bisherigen Staatsvoranschläge der tschechoslowakischen Republik weisen folgendes Bild auf:

Table with 4 columns: Voranschlag, Einnahmen, Ausgaben, Tatsächliche Einnahmen, Ausgaben. Rows for years 1919, 1920, 1921, 1922, 1923.

Kurze Auslandsnachrichten.

Wie aus Rom gemeldet wird, hat der neue jugoslawische Gesandte beim Vatikan Dr. Smolara gestern dem Papste sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Prozeß gegen das gesamte kommunistische Exekutivkomitee wegen Aufreißung gegen die öffentliche Ordnung und zum Klassenhaß, begangen durch die Unterzeichnung des Aufrufes der Moskauer Internationale an die italienische Arbeiterschaft. Die 32 Angeklagten befinden sich größtenteils seit Februar l. J. in Haft.

„Narodni Listy“ melden aus London, daß eine Gruppe englischer Firmen sich um die

Verpachtung der rumänischen Staatsbahnen

berwirbt. Die in Bukarest geführten Verhandlungen sollen einem günstigen Abschluß entgegengehen. Die rumänischen Staatsbahnen haben eine Länge von rund 7500 Meilen und verfügen über 1800 Lokomotiven, 54.000 Güterwaggons und 4000 Personenwaggons.

„Times“ melden aus New York, daß der nichtoffizielle Kongreßausschuß, der sich am 14. Juli nach Rußland begeben hatte, die dortige Lage günstig genug beurteile, um zu empfehlen, daß die

Vereinigten Staaten Rußland de jure anerkennen und Handelsbeziehungen mit ihm anknüpfen. In offiziellen Kreisen verhält man sich jedoch dieser Anregung gegenüber ablehnend, da Rußland kein Geld habe, um amerikanische Waren zu kaufen.

Herbstmanöver der Sowjetarmee.

Die Agence Havas meldet, daß die Sowjets drei Jahresklassen zu einmonatigen Übungen einberufen hätten.

Sowjetabkommen mit dem englischen Kapitalismus. In London ist am 17. Oktober ein Abkommen über die Schaffung einer russisch-britischen Gesellschaft für Getreideaufuhr unterzeichnet worden.

Interview mit dem bulgarischen Minister Ralfow, der u. a. ausführte: „Die bulgarische Regierung wird in den kommenden Tagen die beschlaggenommenen Dokumente veröffentlichen, aus denen hervorgeht, daß der kommunistische Aufstand in Bulgarien von fremden Staaten organisiert war.“

Das Kabinett Zankov beschloß, alle Teilnehmer an der kommunistischen Revolution, mit Ausnahme der Mädelführer, zu amnestieren. Die Führer werden angeklagt und der Staat wird ihnen gegenüber auch als Privatpartei auftreten und Schadenersatz verlangen.

Der Kommunismus in Bulgarien.

Das Kabinett Zankov beschloß, alle Teilnehmer an der kommunistischen Revolution, mit Ausnahme der Mädelführer, zu amnestieren. Die Führer werden angeklagt und der Staat wird ihnen gegenüber auch als Privatpartei auftreten und Schadenersatz verlangen.

V. Internationale Konferenz des Arbeitsamtes des Völkerbundes.

Die österreichische Vertretung.

Der Sonntag in Genf beginnenden V. Internationalen Konferenz des Arbeitsamtes des Völkerbundes kommt besondere Bedeutung zu. Nicht nur weil bei diesem Anlasse die Grundsteinlegung für das Haus des Internationalen Arbeitsamtes (Bureaux International du travail) stattfindet, sondern auch wegen der Wichtigkeit der Themen, die diesmal in internationaler Aussprache erörtert werden sollen.

Österreich wird durch vier stimmberechtigte Mitglieder und mehrere Experten auf der Konferenz vertreten sein. Zu Stimmberechtigten hat der österreichische Ministerpräsident ernannt: Sektionschef Sawelka, als Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge, Ministerialrat Doktor Aggermann, für das Handelsministerium; über Vorschlag des Hauptverbandes der Industrie als Industrievertreter Dr. Theodor Schmid, Chef der Firma Viktor Schmid & Söhne, ferner als Vertreter der Arbeitnehmer Gewerkschaftssekretär Straß aus Leoben.

Tagesbericht.

Wien, am 19. Oktober.

Kalender für Freitag, den 20. Oktober. Ratholiken: Felician. — Griechen (7. Oktober): Sergius. — Sonnenaufgang 6 Uhr 25 Minuten früh. — Sonnenuntergang 5 Uhr 4 Minuten abends. — Mondenaufgang 3 Uhr 31 Minuten nachmittags. — Monduntergang 1 Uhr 44 Minuten nachts.

Personalnachricht. Samstag, den 20. d., begeben der Altblückermeister von Horn, Christian Weimann und seine Gattin Rosalia den 50. Jahrestag ihrer Vermählung. Der Jubelhochzeiter, ein hochgeachteter Geschäftsmann und starrer Gesinnungsgenosse, gehörte der Horner Gemeindevertretung durch 31 Jahre an. 14 Jahre war er Bürgermeister; er wurde für seine großen Verdienste um das Gemeinwesen zum Ehrenbürger der Stadt Horn ernannt.

Todesfall. Am 17. Oktober 1923 verchied in Wien der Regierungsrat August Adler, Realschuldirektor in Ruhe. Die feierliche Einsegnung findet am 19. Oktober um 2 Uhr nachmittags in der Franz-Josefs-Spitalskapelle (Triesterstraße) statt, worauf die Überführung nach Brigall in die Familiengruft erfolgt.

Der 3. November in ganz Oesterreich schulfrei. Die Schulaufsichtsbehörde wurde vom Bundesministerium für Unterricht ermächtigt, den 3. November l. J. mit Rücksicht darauf, daß dieser Tag auf einen Samstag fällt und die vorangehenden Tage schulfrei sind, unter Auflassung eines der beiden Direktionsstage schulfrei zu geben.

Generalkommissär Dr. Zimmerman im Weinbauggebiet der Südbahnstrecke. Generalkommissär Dr. Zimmerman, der kürzlich einige rein landwirtschaftliche Betriebe besichtigt hat, nahm gestern den 17. Oktober in Begleitung des Ministers Buchinger, des Kammerpräsidenten Zwegbacher, des Staatssekretärs a. D. Stöckler, des Landtagspräsidenten Zuckel, des Landesrates Jarz und Nationalrates Gruber das Weinbauggebiet an der Südbahn in Augenschein. Zuerst wurde unter Führung des Landesamtsrates Dr. Fink und Direktor Haberl die Weinbauschule in Gumpoldskirchen eingehend besichtigt, worauf die Herren der Lesé im Schulgarten zusahen. Sodann wurde unter der Führung des Obmannes Biegler des Weinbauvereines dessen Pressschau in Gumpoldskirchen besichtigt. Es wurden hier die Pressmethoden nach altem und neuem System, mit der Spindelpresse und mit der neu von der Landwirtschaftskammer eingeführten modernen Presse vorgeführt. Hieran schloß sich eine Besichtigung der Kellereien der Gemeinde Wien in Gumpoldskirchen, wobei G. H. Sackl und der Kellermeister den Führer machten. In Baden nahmen die Herren die Kellereien der Winzerhausgenossenschaft in Augenschein. Sie wurden hier von dem Ausschusse mit Kammererrat Gleichweith an der Spitze und einer Abordnung der Gemeindevertretung unter Führung des Vizebürgermeisters Bruffati empfangen. Schließlich besichtigte Doktor Zimmerman noch über Einladung des Vizebürgermeisters Bruffati dessen Hotel. Dr. Zimmerman interessierte sich aufs lebhafteste für alle Fragen des Weinbaues und der Weinwirtschaft.

Verlobung des italienischen Kronprinzen. Aus Rom, 18. d., wird gemeldet: Die Verlobung des italienischen Kronprinzen Umberto mit der Prinzessin Maria von Belgien, wird am 4. November, dem Jahrestag des italienischen Sieges von Vittorio Veneto, offiziell verkündet werden.

München—Wien in 105 Minuten. Aus München wird gemeldet: Den Flugrekord München—Wien stellte der Flugzeugführer Scheikowski von der Transropa Union auf, der diese Strecke in der bisher unerreichten Zeit von 105 Minuten durchflog.

Die Straßenbahnlinie durch die Engerthstraße. Donnerstag, den 18. d., wurde die Linie durch die Engerthstraße und Ausstellungsstraße dem Verkehr übergeben. Diese Linie ist eine Fortsetzung der Linie 11, so daß diese nunmehr von der Reichsbrücke bis zur Stadlauerbrücke führt.

Früherer Schluß am Samstag in Wien. Zur Durchführung der am Sonntag, den 21. d., stattfindenden Wahlen sind auch Schulgebäude für die Unterbringung der Wahllokale in Anspruch genommen. Mit Rücksicht auf die damit verbundenen Arbeiten wird an jenen Schulen, die für die Unterbringung von Wahllokalen bestimmt sind, der Unterricht am Samstag, den 20. d., bereits um 11 Uhr vormittags geschlossen und am Montag, den 22. d., erst um 10 Uhr vormittags aufgenommen. An allen anderen Schulen ist regelmäßiger Unterricht.

Kein Parteienverkehr im Wohnungswesen. Wie bereits mitgeteilt, werden gegenwärtig im Wohnungswesen bauliche Veränderungen durchgeführt, die eine Erleichterung im Parteienverkehr bezwecken. Die Veränderungen machen einen Parteienverkehr am Samstag, den 20. d., unmöglich. In der kommenden Woche wird Dienstag, Donnerstag und Samstag von 8 bis 1 Uhr Parteienverkehr sein.

Der neue Präsident des österreichischen Schulbücherverlages. Dem Professor Dr. August Wotawa am Bundesgymnasium Wien, 13. Bezirk, wurde der Dienstposten eines Präsidenten des österreichischen Schulbücherverlages verliehen.

Die Auswanderung im September weist gegenüber jener des Vormonats eine geringe Steigerung auf. Von 1647 Auswanderern wandten sich nach den Vereinigten Staaten 1205, nach Brasilien 273, nach Argentinien 127, nach Kanada 16, nach jenseitigen Ueberseeländern 26. Das Hauptkontingent der Auswanderer stellt auch weiterhin das Burgenland (759); nach ihm kommen Wien (269), Steiermark (200), Niederösterreich (162), Kärnten (99), Oberösterreich (59), Tirol (34), Salzburg (15) und Vorarlberg (14). Nach Berufen verteilen sich die Auswanderer auf Land- und Forstwirtschaft (261), Haushaltungspersonal (169), Hilfsarbeiter und Tagelöhner (151), Metallarbeiter (78), Bauarbeiter (71), Bekleidungs- und Putzwarenindustrie (60), Arbeiter (52). Der Rest verteilt sich auf die anderen Berufe. Rund der vierte Teil (479) der Gesamtzahl der Auswanderer entfällt auf die Frauen und Kinder derselben, die sich in 941 Personen männlichen und 706 weiblichen Geschlechts teilen. Ledig waren 1121, verheiratet 526 Auswanderer, 161 ganze Familien mit 536 Personen haben die Heimat verlassen.

Arme Waisenkinder. Von einem seeleneifrigen Priester, Hochwürden Karl Krafa, wurde im Jahre 1898 das St. Marien-Knabenasyl aus eigenen Mitteln gegründet. Mehrere hundert arme, verlassene Kinder wurden dort im Laufe der Jahre zu braven Männern und Familienvätern erzogen. Der Gründer der Anstalt hat sich stets um die ärmsten Kinder, welche niemand hatten, mit Vorliebe angenommen. In der Anstalt waren unter anderen auch jederzeit Kinder der städtischen Armenpflege, Magistratsabteilung VII und des städtischen Jugendamtes untergebracht, gerade diese Kinder stammen aus den traurigsten Verhältnissen. Zum Schluß hat die Gemeinde, wie bekannt, die magistratischen Kostkinder aus sämtlichen katholischen Anstalten, also auch aus dem St. Marien-Knaben-Asyl und jetzt drei Tage vor den Wahlen auch die Jugendamtskinder herausgenommen, um sie in sozialistischen Arbeiterfamilien unterzubringen. Die Anstaltsleitung brachte es aber nicht über sich, diese Kinder auszuliefern, sie hat die Kinder nach Möglichkeit in unentgeltlicher Pflege behalten. Da die Gemeinde für ein Kind in der letzten Zeit monatlich 300.000 Kronen Kostgeld zahlte, gewiß kein hoher Betrag, bedeute dies bei 15 Kindern für das Knabenasyl einen Ausfall von monatlich 4.500.000 Kronen, oder im Jahr 54.000.000 Kronen. Diese muß die Anstalt durch freiwillige Spenden, und zwar nicht etwa aus dem Auslande, sondern dem Inlande aufbringen, sowie sie auch die andern Kinder, für welche kein Kostgeld gezahlt wird, aus Spenden edler

Wohltäter erhält. Die Glendfälle aber klopfen jeden Tag an das Vor der Anstalt. Am Samstag brachte um 9 Uhr abends ein Sicherheitswachmann ein Kind. Vater hat es feigen, die Mutter liegt an der Tuberkulose im Spital und dürfte nicht mehr lange leben. Wer gibt eine kleine Spende für arme Waisenkinder? Wer kann viel tun? Wer kann den ganzen Betrag für ein Kind geben? Spenden nimmt die Direktion des St. Marien-Knabenasyls, Wien, 7. Bezirk, Bernadgasse 27, entgegen. Postsparkassenkonto Nr. 48.173.

Die Wünsche der Bundesangestellten. Die Korr. Herzog erfährt aus Beantworteilung: Das Achterkomitee der Bundesangestelltenorganisationen trat heute zu einer Sitzung zusammen, um neuerdings zur zweiten Etappe der Gehaltsregulierung Stellung zu nehmen. Die nächste Sitzung wurde für Donnerstag, den 25. d., festgesetzt. Noch im Laufe der nächsten Woche will das Achterkomitee der Bundesregierung seine Stellungnahme vortragen.

Wie sie's treiben. Der abendliche Rothelfer der sozialdemokratischen Partei liefert heute wieder ein sprechendes Schulbeispiel, welcher Verrentungen der Wahrheit sich die Gegner im Wahlkampf schuldig machen. Am 8. d. erschien eine magistratische Kommission im Rudolfsplatz, um dort einen sanitätspolizeilichen Augenschein vorzunehmen, weil sich einige Anwohner der angrenzenden Ruzinsch- und Stanislausgasse über die mangelhafte Anlage eines Schweinestalles beschwerten. Der Stall hat tatsächlich eine mangelhafte Kanalisation, die ebenso wie die Zementierung der Seitenwände der Düngergrube rasch nachgetragen werden muß. Der bisher fehlende Deckel zur Düngergrube ist bereits bestellt. Das sind die hauptsächlichsten Beanstandungen, alles andere, worüber der „Abend“ ausbauschend berichtet, sind bei den Saaren herbeigezogene Lappalien, so z. B., daß der Tisch, auf dem die geschlachteten Schweine abgebrüht werden, aus brüchigem Holz besteht. Für die Anrainer ist die Schweinehaltung im Spital sicherlich unangenehm, aber nicht etwa, weil sie dadurch in ihrer Gesundheit gefährdet sind — der Stall liegt fünfzig Meter vom nächsten Anrainer entfernt — sondern weil die Schweine Lärm verursachen, was bei einer Anzahl von etwa fünfzig Exemplaren keine Wohltat ist. Die vorgefundenen Verhältnisse bilden, wie uns von ärztlicher Seite versichert wird, nicht die geringste sanitäre Gefährdung. Von der „Entdeckung schwerer Missetände“ und von „Geheimnissen eines Regierungsspitales“ zu sprechen, ist der Gipfelpunkt der Verlogenheit. Was anderes kann man von der gegnerischen Presse nicht erwarten.

Eine Fausche im Haus der Barmherzigkeit. Am Sonntag, den 14. d., veranstaltete ein Komitee von Währinger Geschäftsleuten für die armen unheilbaren Kranken im Haus der Barmherzigkeit eine Fausche. Mit Gebäck, Wurst, Sardinen, Zuckerwerk, Bäckerei, Wein und Rauchwaren wurden die Kranken bewirtet. Musikalische und komische Vorträge zauberte ein Lachen auf die Wienen der armen Heiminsassen. Unter den Vortragenden verdient besonderes Lob Herr Ströde von der Wiener Volkoper. Besondere Verdienste erwarben sich um das Gelingen der ganzen Veranstaltung Fürsorgerat Hermann Wendl, Blahut, Ranauf und die Damen Gupis, Ranauf und Richter. Namhafte Lebensmittelspenden haben die Firmen Franke, Schamburek, Papp, Losmann, Kellinger, Wagner, Nowa, Schwidernoch und Bekit gemacht. Unter den Gästen weifte auch Johannes Prinz Liechtenstein, der dem Haus der Barmherzigkeit eine namhafte Geldspende machte.

Kein Chauffeurstreik am Wahltag. Die Kraftfahrerunion erhielt heute vom Bundesministerium für soziale Verwaltung die Mitteilung, daß das Ministerium die Automobilensteuer für den 20. Oktober um 10 Uhr vormittags im großen Sitzungssaal des Ministeriums anberaumt hat. Das Ministerium teilte weiters mit, in dieser Enquete vor allem ändern die Ausarbeitung der Arbeiterchutzgesetze, das ist: die Festsetzung der Minimallöhne, einer beschränkten Arbeitszeit, der Mündigkeitsfristen, des Urlaubs, ferner die Ueberstundenbezahlung, Kranken- und Unfallversicherung usw. in Beratung zu ziehen, nachdem die Arbeiterchutzgesetze in die Kompetenz des Bundesministeriums fallen und daher im Schoße des Ministeriums gelöst werden könnten. Auf Grund dieser bestimmten Aufzeichnung des Ministeriums faßte das Exekutivkomitee der Kraftfahrerunion heute den Beschluß, alle ihre Zahlstellen, Ortsgruppen und Sektionen in Kenntnis zu setzen, daß von dem Demonstrationstreik am Wahltag vorläufig Abstand genommen werde. Das Exekutivkomitee beschloß aber auch, für den Fall, als nicht auch die übrigen aufgestellten Forderungen Erfüllung finden sollten, diesen beabsichtigten Streik an einem späteren Termin durchzuführen.

Erhöhung der italienischen Eisenbahntarife. Wie aus Rom gemeldet wird, tritt am 1. November eine Erhöhung der Eisenbahntarife in Kraft. Bei den Personentarifen werden die Sätze für die zweite Klasse um 6%, für die dritte um 10% erhöht.

Geschäftsbeteiligung bei Falschmünzern. Die raffinierte Scheckfälschung, durch die ein hoffnungsvoller sechzehnjähriger Jüngling zwei Turiner Banken brandschatzte, gibt einem Mailänder Blatt Anlaß, sich mit einem neuartigen Trick zu beschäftigen, den gerissene italienische Fälscher anwenden, um unter harmlosen Leuten Komplizen zu werben. Eines Tages bringt einem die Post einen Brief ins Haus, der etwa folgenden Inhalt hat: „Geehrter Herr! Es ist mir gegliückt, Banknoten in so täuschender Korrektheit herzustellen, daß sie selbst der sachkundigste Prüfer nicht von den echten Scheinen zu unterscheiden vermag. Um aber die Aufmerksamkeit nicht auf mich zu lenken, habe ich mich entschlossen, meine Scheine zum halben Preise des Nennwertes zu verkaufen. Die Serie besteht aus Banknoten von hundert, fünfhundert und tausend Lire. Ein Muster lege ich bei. Sie können sich durch Vergleich leicht von der Unmöglichkeit überzeugen, die falschen von den echten Noten zu unterscheiden.“ Der Empfänger prüft den in dem Briefe enthaltenen Schein, dreht ihn urenverschieden wieder und wieder um, vergleicht ihn mit einem echten, um dann, halb aus Neugierde, halb aus Interesse, zu einer Bank zu gehen und ihn dort zur Prüfung vorzulegen. Wo immer er auch vorfährt, hört er die gleiche Antwort: „Ach wüßte ich, ich hätte einen Saß von diesen Scheinen!“ Wenn der betreffende Briefempfänger nicht gerade ein Muster unbestechlicher Anständigkeit ist,

die in unseren Tagen leider zu einer immer seltener werdenden Ausnahme geworden ist, so unterliegt er der Versuchung und schickt dem Versucher einen Betrag, sagen wir einmal 100.000 Lire, um dafür den doppelten Betrag Falschscheine zu erhalten. Die Erklärung ist sehr einfach. Die eingeschickten Scheine, die als Lock- und Versuchungsmittel dienen, sind nämlich echt. Sie werden von einer Gesellschaft von Fälschern, die vortrefflich organisiert ist, und über ausreichendes Kapital verfügt, verfertigt und die Spekulation auf die Gedankenlosigkeit und Gewissenlosigkeit ihrer Mitmenschen ist so dankbar, daß sich das angewandte Kapital reichlich verzinst.

Ein gemütliches Gasthaus. Wie das „Ringer Volksblatt“ erfährt, wurde in Linz im Gastzimmer des Gasthofes „Zur ewigen Ruhe“, dessen Besitzer Hans Sager, ein bekannter sozialdemokratischer Agitator ist, ein Maschinengewehr versteckt gefunden.

Ein Glück im Unglück, war es, daß die Glockenweihe in Rohrbach (Oberösterreich) am 14. d., der Glockenaufzug aber erst am 15. d., stattfand. Nach der Feier am Sonntag, bei der eine große Menschenmenge anwesend war, entschloß man sich wegen des strömenden Regens, den Aufzug der Glocken selbst auf den nächsten Tag zu verschieben. Als in diesem Tage die Familienalode schon aufgezogen war, schickte man sich an, die größte Glocke mit zwei Kranen aufzuziehen. Da ein Seil an der einen Kurbel abrupfen drohte, wurde mit einem Krane einen Augenblick angehalten, inzwischen hing die ganze Last der über 1000 Kilogramm schweren Glocke an dem andern Seile. Der Saßen des Angrades drehte sich auf und die Glocke flüzte aus einer Höhe von etwa 35 Meter herunter. Eine Staubwolke fuhr in die Höhe; denn die Glocke hatte das Dach des an den Turm angebauten „Delberges“ durchschlagen und blieb neben dem brennenden Heiland auf einem Gewölbe liegen. Sie erlitt außer einer kleinen Absprennung am Rande nicht die geringste Verletzung, da durch das Dach des „Delberges“ die Wucht des Falles gemildert wurde. Heute am dritten Tage nach der Weihe wird sie zum zweitenmale aufgezogen. An Stelle des „Delberges“ gedenken die Seimehrer der Pfarre zur Erinnerung an den Weltkrieg den 125 Kriegeropfern der Pfarre ein würdiges Kriegerdenkmal zu errichten.

Räuberschrecken in Mazedonien. Das Belarader „Arenne“ veröffentlicht eine Rundschreiben aus Monastir, in der berichtet wird, daß die Umgebung dieser Stadt von Räubern unsicher gemacht wird. So merde der Weg von Beles nach Prilep, einst als „Kaiserstraße“ absolut sicher, derzeit von der ganzen Bevölkerung wegen der bestehenden Raubgefahr ängstlich gemieden. Es treiben dort die Räuber bei heftigstem Tage ihr Unwesen. So wurden kürzlich unmittelbar neben der Gendarmerie-Kommande, von der aus die ganze Umgebung beherrscht wird, mehrere Kaufleute aus Prilep ausgeraubt. Die Räuber entführten vier Knaben und forderten für deren Freilassung eine ungeheure Summe. Die Eltern der Kinder wandten sich vergeblich an die Behörden, nur der Vater eines von den Knaben, der die Verhältnisse kannte, drohte einem angeheulenden Türken, daß er ihn und seine ganze Sippe nieder-machen werde, falls ihm die Heiden das Kind nicht zurückgeben. Die Drohung hat genützt und die Heiden machten den Knaben am angegebenen Ort stellas. Hingegen wurden nach Ablauf der Frist für die Auszahlung des Lösegeldes die Leichen der übrigen drei Kinder in einem Straßengraben vorgefunden. Trotzdem sich das Verbrechen an einer stark frequentierten Stelle ereignete, konnten die behördlichen Organe den Räubern nicht auf die Spur kommen.

Wohnungsnot in Rom. Laut Statistik gibt es in Rom 20.000 Bürger ohne Wohnung. Die italienische Regierung hat Millionen von Lire auswendig, um in der Nähe Roms zahlreiche Häuser aufzuführen. Es sind zunächst zwei Städte entstanden, Giardino und Sant Onofrio. Doch die Mieten in jenen Häusern sind so hoch, daß fast alle leer stehen. Man hat infolgedessen die neuen Städte „Totenkstädte“ genannt. Und so bleiben die Wohnungslosen Rom auch weiter ohne Wohnung.

Auflassung der Borarlberger Fremdensteuer. Einer Korrespondenzmeldung zufolge, wird in Borarlberg ab 1924 keine Fremdenzimmerabgabe mehr eingehoben werden. Der Landtag wird noch heuer das diesbezügliche Gesetz außer Kraft setzen. Es hat sich herausgestellt, daß diese Steuer den Fremdenverkehr ungünstig beeinflusst. Die 20prozentige Steuer, deren Ertrag zwischen Land und Gemeinde aufgeteilt wurde, brachte im Vorjahre 80 Millionen Kronen ein.

Zwei Kinder vom Zug getötet. Aus St. Pölten wird der „Reichspost“ geschrieben: Die Schulkinder Karl Erber und Franz König wollten auf dem Schulweg an der Schollacher Bahnüberführung bei Loosdorf das Bahngleise überschreiten, obwohl der Bahnstraken geschlossen war. Sie glaubten das Geleise frei, weil eben der Lastzug vorbeigefahren war. Als sie über das Geleise gingen, war eben der von Wien kommende Schnellzug herangefahren, der die Kinder zermalmete.

Massenversammlung der städtischen Leichenverfälscher, Gas- und Stromverbraucher. Die Schuaktion der städtischen Leichenverfälscher, Gas- und Stromverbraucher beruht für Samstag, den 20. d., Schlag 6 Uhr, eine Massenversammlung in den Festsaal des katholischen Gesellenvereines, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 30, zwecks hochwichtiger Mitteilungen ein und fordert alle städtischen Leichenverfälscher, Gas- und Stromverbraucher auf, vollständig und pünktlich zu erscheinen, da im Saal um 8 Uhr eine andere Versammlung beginnt.

Ein neuer Cashafilm. Freitag, den 19. d., findet um 8 Uhr abends, in den Ges-Nachtspielen die Erstausführung des neuen Casha-Extraktfilms „Die Lawine“, von Ladislav Bajda, statt. Der Autor, dessen Bearbeitung von Schnitzlers „Der junge Medardus“ eben erst einen außerordentlich großen Erfolg erzielt hat, hat eine packende Tragödie voll dramatischer Kraft und Spannung geschrieben, deren Handlung größtenteils in hochalpinen Gegenden zur Winterzeit spielt. Die Aufnahmen sind in Schneeregionen von 3500 Meter Höhe erfolgt, wozu die „Casha“ großzügige Winterportexpeditionen ausgerückt hat. Die Inszenierung der „Lawine“ hat Michael Vertes besorgt. Die Hauptdarsteller des Filmes sind Michael Varkonyi, Lily Marischka und ihr Keines, vierjähriges Töchterlein Grell Marischka, Mary Sid, Mathilde Danegger, Gustav Wandorh u. a.

Neunte österreichische Klassenlotterie. Bei der am 12. Oktober 1923 abgehaltenen Ziehung des fünften Tages der V. Klasse gewonnen: 6 Millionen Kronen das Los Nr. 58.713; 4 Millionen Kronen das Los Nr. 26.718; je 3 Millionen Kronen die

Rose Nr. 18.150, 54.389, 78.061 und 95.950; je 2 Millionen Kronen die Rose Nr. 8431, 9297, 15.275, 84.808, 54.098, 54.401, 56.744, 60.275, 60.619, 72.744 88.359 und 99.061; je 1 Million Kronen die Rose Nr. 802, 2976, 16.359, 32.802, 23.218, 32.240, 46.277, 47.076, 47.179, 73.240, 73.892, 82.950, 87.888, 93.302, 97.359 und 99.275; außerdem wurden 3966 Gewinne zwischen 600.000 und 200.000 Kronen ausgelost.

Das Oesterreichische Kursbuch (Winterfahrplan) ist im Verlage der Staatsdruckerei erschienen. Preis 40.000 Kronen einschließlich Steuerzuschlag. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Tabaktrafik.

Ueberrnorgen Schluß der Holzbeausstellung und Winterportausstellung, Neue Hofburg. Geöffnet von 9 bis 7 Uhr.

Warenhaus des Zentrums-A. G. Die knapp bevorstehende Eröffnung. Die noch zu leistenden Vollaufarbeiten im Warenhaus des Zentrums-A. G. dürften nur mehr ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen und wird in den ehemaligen Räumen des Café „Edison“, 1. Bezirk, Franz-Josefs-Kai 18, Adlergasse 9 und Schmelzplatz 1 den Verkauf aufnehmen und damit ein großes Projekt verwirklichen. Die bauausführenden Architekten haben die ihnen gestellten Aufgaben glänzend gelöst und durch die planvollste Einrichtung zahlreicher Warenabteilungen einen raschen und klugen Geschäftsverkehr selbst bei der zu erwartenden gewaltigen Frequenz gewährleistet. Die Art der Anordnung dieser Abteilungen wird es dem Kunden ermöglichen, sich in der Fülle des Vorhandenen leicht zu orientieren, genaue Informationen einzuholen und die bequemste Wahl zu treffen. Der Bequemlichkeit der Kunden wurde weiters durch die Errichtung eines im ersten Stock gelegenen Erfrischungsraumes Rechnung getragen. Der Aufenthalt in diesem stilvoll eingerichteten Raum mit seinen vergoldeten Louis-XVI.-Garnituren wird größten Genuß bereiten, einen Genuß, der durch das Konzert eines beliebigen Wiener Orchesters nur noch gehoben werden dürfte. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß es bald zum Tagesprogramm der modernen Damenwelt gehören wird, den fünfjährigen Tee in diesem Salon einzunehmen. Durch das Zusammenwirken aller notwendigen Faktoren ist es zu danken, daß die gewaltigen Preise bezogenen Warenposten auch abgetohten werden können, wie es bisher noch nie geboten wurde. Es wird nicht wundern, wenn die in den allerersten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Preisliste sowohl in den Kreisen der Privatleuten als auch der Großisten und Händler, den Eindruck der Ueberraschung wegen der Billigkeit erwecken wird. Und doch wird es jedermann möglich sein, sich bereits am Eröffnungstage von der Tatsache und Nützlichkeit der gemachten Ankündigung zu überzeugen. Einer irrthümlichen, sich vielleicht im Publikum festsetzenden Annahme, welche die außerordentliche Niedrigkeit der Preise mit einer minderen Qualität der Ware zu erklären sucht, müssen wir sofort an dieser Stelle entgegenzutreten. Die Billigkeit sämtlicher Waren, für deren Qualität wir absolut garantieren, ist nur auf den Umstand zurückzuführen, daß unsere bis ins Detail zentralisierte Organisation uns die Anschaffung ungeheurer Warenmengen und einen unter kleinster Regie möglichen Verkauf gestattet. Die nach den modernsten Prinzipien arbeitende Geschäftsführung tut ein Uebriqes, um den Erfolg der diesem Unternehmen zweifellos bevorsteht, weiter auszubauen.

Holz und Rohle für die Armen.

Die Aktion des Bundeskanzlers.

Die Leitung der Aktion des Bundeskanzlers Doktor Seipel „Rohle und Holz für die Armen“ teilt auf zahlreiche Anfragen, ob die Aktion auch in diesem Jahre durchgeführt wird, mit, daß die Verhandlungen zwar noch nicht abgeschlossen sind, daß sich jedoch die Aktionsleitung der Erwartung hingibt, auch in diesem Winter die Rohle- und Holzaktion durchführen zu können.

Lebensmittelhilfe für Deutschland.

Unter dem Ehrenpräsidium Dr. Rich. Weis-Firchners, der Frau Marianne Gainsch und Hermann Kaudis hat sich ein Arbeitsausschuß zur Durchführung einer organisierten Lebensmittelhilfe für die Notleidenden Deutschlands gebildet. Dadurch soll jedem Oesterreicher, der reichsdeutsche Verwandte, Freunde, Berufs- oder Standesgenossen durch Ueberendung von Lebensmittelpaketen unterstützen will, die Möglichkeit geboten werden, diese Hilfe rasch und sicher zu leisten.

Zur Verendung gelangen dem täglichen Bedarf dienende Nahrungsmittel, an denen in Deutschland derzeit Mangel herrscht. Die Entnahme dieser Lebensmittel aus einem Transitlager bietet die Gewähr, daß die inländische Versorgung durch diese Verendungen keinerlei Abbruch erleidet, Zölle und Umlagesteuern werden erspart, so daß die Pakete einschließlich der Verpackung- und Beförderungskosten wesentlich billiger zu gestehen kommen, als sie der Einzelne hier beschaffen und versenden könnte.

Jedes Paket wird gegen Beschädigung, Diebstahl, Raub und Plünderung versichert, so daß bei Verlust der Sendung voller Ersatz gewährleistet ist.

Vorerst gelangen sechs Pakettypen zur Verendung, und zwar:

- Paket I zu 5 Kilogramm im Preise von 63.000 Kr.,
- Paket II zu 5 Kilogramm im Preise von 73.000 Kr.,
- Paket III zu 5 Kilogramm im Preise von 83.000 Kr.,
- Paket IV zu 5 Kilogramm im Preise von 110.000 Kr.,
- Paket V zu 5 Kilogramm im Preise von 150.000 Kr.,
- Paket VI zu 10 Kilogramm im Preise von 150.000 Kr., alles einschließlich Verpackung, Verendung und Versicherung.

Der Inhalt dieser Pakete ist den besonderen Anfordungen und Ansprüchen zu entnehmen. Die Bestellung dieser Pakete erfolgt durch Einzahlung auf besondere Postersparbücher, die in jeder Tabaktrafik und Tabakerschleifstelle und in der Kanzlei des Bundes der Reichsdeutschen erhältlich sind. Anfragen und Wünsche sind an die Kanzlei des Bundes der Reichsdeutschen, Wien, 1. Bezirk, Johannesgasse 3, Fernsprecher Nr. 79339 zu richten.

Die Verendung dieser Lebensmittelpakete wurde vom Arbeitsausschuß der „Agrumaria-Import-Aktiengesellschaft“ im Vereine mit der „Oesterreichischen Handels-Aktiengesellschaft“ übertragen. Die Leitung der Verendungsaktion befindet sich in Wien, 1. Bezirk, Favoritenplatz, Boll-epositor, Lagerhaus der „Agrumaria-Import-A.G.“, Telefon 5385. Auskünfte werden erteilt in den Zentralbüros der „Agrumaria-Import-A.G.“, Wien, 1. Bezirk, Mayhede-gasse 2, Telefon 76881 und in der Mittel- und Oesterreichischen Handels-A.G., Wien, 1. Bezirk, Wollzeile 7, Telefon 70484, 72308.

Tod des früheren türkischen Großbeziere Damad Ferid Pascha.

Aus Paris wird uns geschrieben: Wie aus Izza telegraphisch gemeldet, starb vor einigen Tagen in Cap d'Al der frühere türkische Großbeziere Damad Ferid Pascha im Alter von 65 Jahren. Der Verstorbene war der Schwager der letzten vier Sultane und besaß die wiederholte die Stellung eines Großbeziere. Er entstammte einer montenegrinischen Familie, die nach einem Dorfe Buschati, in der die Familie ansässig war, ihren Namen führte. Die Buschatis waren Christen und traten erst im 17. Jahrhundert zum Islam über. Damad Ferid heiratete eine Schwester des Sultans Abd ul Hamid, doch da der Sultan eine große Abneigung gegen seine Schwester hegte, mußte Damad Ferid mehrere Jahrzehnte im Hintergrunde bleiben, um so mehr, als Abd ul Hamid ihn im Verdachte hatte, daß er einem ehemaligen französischen Erzieher im Sultanspalaste das Material zu einem Buche geliefert hatte, worin das Regierungssystem Abd ul Hamids sehr ungünstig beurteilt wurde. Nach Proklamierung der türkischen Konstitution im Jahre 1908 wurde Damad Ferid trotz der Opposition des jungtürkischen Komitees zum Senator ernannt und erwiderte im Jahre 1911 Anwesen durch eine Rede, in der er gegen die Einschränkung der Rechte des Souveräns unter dem neuen Regime Stellung nahm und die Türkei für noch nicht reif erklärte für eine andere als eine sehr begrenzte Form der konstitutionellen Regierung. 1912 unterlag der schwache Sultan Reschad unter dem Drucke der Jungtürken Damad Ferid, an der Politik teilzunehmen und so war Damad Ferid während des Krieges zur Untätigkeit verurteilt. Beim Abschluß des Waffenstillstandes unterstützte er jedoch die Freiheitspartei und die Jungtürken und wurde im Februar 1919 Großbeziere. Während seiner Amtsdauer ließ er eine Anzahl hervorragender Mitglieder des jungtürkischen Komitees verhaften. Seine Beziehungen zu den Vertretern der Minderen waren sehr freundlich und seine Stellung verbesserte sich wesentlich bis zu dem Zeitpunkt der Okkupation Smyrnas durch die Griechen, ein Ereignis, das ihn zwang, zurückzutreten. Er wurde vom Sultan als erster ottomanischer Delegierter und bevollmächtigter Delegierter in Versailles bestellt. Seine Tätigkeit bei der Versailler Friedenskonferenz war ein völliger Fehlschlag. Sein Vorschlag, daß die Türkei nicht bestraft werden solle für die Verbrechen, die das Komitee der Union und des Fortschrittes verübt habe und daß das Reich keinen territorialen Verlust dafür erleide, machte vollständiges Fiasko, und damit war auch das Schicksal Damad Ferids besiegelt. Die nationalistische Bewegung in Kleinasien wurde immer mächtiger und allmählich richtete sich gegen ihn auch die Feindschaft des Thronfolgers; so sah er sich genötigt, am 1. Oktober 1919 seine Resignation zu geben, die auch angenommen wurde. Es gilt als zweifellos, daß er, falls er nicht rechtzeitig resigniert hätte, von den unionistischen „Jedais“ ermordet worden wäre. Im April 1920 wurde er jedoch vom Sultan neuerdings berufen mit der Mission, die nationalistische Bewegung zu unterdrücken. Doch dies gelang ihm nicht, trotzdem die Minderen die führenden Nationalisten aus Konstantinopel deportierten. Er rekonstruierte zwar sein Kabinett im Juli 1921, aber der Verlauf zeigte, daß seine Politik, die Autorität des Sultans durch die Besiegung Mustapha Kemal Paschas wiederherzustellen, aussichtslos sei. Es folgte ihm in der Stellung eines Großbeziere Ahmed Tewfik Pascha, der letzte Großbeziere eines ottomanischen Sultans mit der alten Machtfülle auf der Höhe seiner Macht. — Damad Ferid Pascha war ein ehrlicher und patriotischer Mann, aber kein Politiker. Seine Lebensführung war rein und einfach und seine Umgangsformen würdig und gewinnend.

Aus dem Reich der Nullen.

Ein Gespräch mit einem Berliner.

Keine sensationellen politischen Neuigkeiten, keine geistreichen Lösungen des deutschen Währungsproblems, werden mir in den nachstehenden Erzählungen eines Berliner Rechtsanwaltes finden, der gestern aus Berlin zu kurzem Aufenthalt hier eintraf. Aber ein furchtbar erschütterndes Bild des derzeitigen bürgerlichen Kleinlebens in Berlin taucht vor unseren Augen auf, wenn wir mit Dr. B. sprechen, der selbst ein Mittelständler, den Markzusammenbruch am eigenen Leib gespürt und die entsetzlichen Wirkungen des Willkürwahnns in seiner Umgebung, in seiner Gesellschaftsklasse zu beobachten reichlich Gelegenheit hatte. Vorgestern habe ich die Vorauszahlung meines Gehaltes für das nächste halbe Monat bekommen“, erzählte Dr. B., „eine große Reisetasche angefüllt mit Bündeln von Hunderttausendmarktscheinen barg die Wahnwitzszahl von 35 Millionen Mark, und wie Sie wissen, sind dies kaum 400.000 d.ö. Kronen! Mit zwei multipliziert stellt diese Summe das Monatsgehalt eines 50jährigen Familienvaters mit vier Kindern vor, der eine verantwortungsvolle, leitende Stelle — ungefähr entsprechend der früheren V. Rangklasse bei Ihnen — bekleidet. Dabei ist Ihnen ja bekannt, daß alle Preise in Deutschland das Weltmarktniveau erreicht, wenn nicht überschritten haben; eine einzige Ausnahme hievon bilden die städtischen und staatlichen Tarife, die nur verpätet nachhinken, und wenn auch einem Ausländer ein Brieftporto von 6 Millionen Mark geradezu grotesk erscheinen muß, so sind diese 6 Millionen doch noch immer kaum 100 Kronen. Wie mit 400.000 Kronen eine sechsköpfige Familie vierzehn Tage lang leben — ich sage absichtlich nicht standesgemäß leben, weil daran kein Mensch mehr denken kann — soll, das können Sie sich ja leicht vorstellen!

Und all die Fixangestellten und Arbeiter sind noch Kräfte gegenüber den freien Berufen. Ein Arzt z. B. verdient heute, wenn es hoch kommt, im Durchschnitt eine Millionäre täglich d. s. 10.000 Kronen. Ein Großverdiener erhält für eine Verhandlung sage und schreibe 600.000 Mark = 6 öster. Kronen; ein Schriftsteller erhält für seine Arbeiten fast überhaupt nichts: für dreispaltige Feuilletons zahlen große Tageszeitungen, derzeit 5 Millionen = 50 Kronen. Die Abrechnung solcher literarischer Arbeiten erfolgt bekanntlich meist mit großer Verzögerung und so ergibt ein bekannter Berliner Schrift-

steller für zehn Aufsätze am 5. d. M. 18 Millionen = 1800 Kronen bar auf die Hand, da selbstverständlich die im August — in welchem Monat diese Artikel erschienen waren — gültigen Honorarverträge mit demselben Namenabtrag heute ausbezahlt werden, wenn auch inzwischen der Wert der Mark um Tausende von Prozenten gefallen ist.

Nach dem Vorhergesagten werde Sie verstehen, warum man derzeit in den Straßen Berlins Ärzte, Juristen usw. als Zeitungskolporteurs, als Stiefelpolier, als wandernde Hausierer antrifft, weil alle diese geistigen Arbeiter sich nur so vor dem glatten Verhungern zu schützen vermögen. Sie werden es auch begreifen, warum Tausende von Mittelständlern einen halbigen, schneereichen Winter erleben, — weil sie dann als Schneeschauer Verwendung zu finden hoffen, da ihr Traum, ein fixbesoldeter Straßengehülfe zu werden, infolge des übergroßen Angebotes für diesen heißbegehrten Beruf, nur in seltenen Fällen in Erfüllung geht. Fast der ganze Mittelstand, die Intelligenz von Berlin lebt heute nur mehr vom „Verkaufen“. Alle überflüssigen Sachen, aller Luxus, alle Bequemlichkeiten verschwinden aus den Wohnungen dieser Gesellschaftsklasse. Das nackte Dasein ist das Problem, das gelöst sein will. Der Kampf ums tägliche Brot vernichtet Kultur, zerstört Sitten und Moral.

Ein Großteil der Menschen sieht nicht nur vor seinem materiellen, sondern auch vor seinem geistigen Zusammenbruch: die psychischen Einflüsse des Milliardensturms auf ältere, schwerer anpassungsfähige Menschen, auf des Rechnens ungewohnte Frauen usw. sind geradezu furchterlich. Sie haben ja von den Wahnwitzszahlen sicherlich geleert, die dieser Nullenrausch, in dem Berlin lebt, bei weniger widerstandsfähigen Personen hervorgerufen hat: das ewige Rechnen mit Milliarden, das Pantieren mit Hunderten von verchiedenen Banknoten unterschiedlichen Wertes, dieses ganze Biffertohumabohu ist zuviel für so manches überreichte Gehirn in einem unterernährten Körper. Wie oft findet man auf den Marktplätzen von einem Weintrampf geschüttelte Frauen, die ihre Umgebung flehentlich bitten, doch für sie das Geld in ihrer Tasche nachzählen zu wollen: sie selbst könnten nicht mehr rechnen, sie seien nicht mehr imstande vernünftig zu denken!

Wir alle sind keine Menschen mehr, die fühlen, denken, überlegen; für uns gibt es kein Morgen, keine Zukunft mehr.

Sie haben ja vor Jahresfrist böse Verhältnisse in Ihrem Lande mitgemacht; Sie wissen, was es bedeuten würde, wenn in einer solchen aufgeregten Menschenmasse ein Schlagmurm — sei es von rechts, sei es von links — festen Halt gewänne und diese Menge in Aufruhr, in Bewegung brächte. Ihr Land hat damals vor einem Jahr einen genialen Staatsmann gefunden, der es allen Unseindungen, Gefahren und Schwierigkeiten zum Trost, vor dem Untergang gerettet und in einen sicheren Hafen gebracht hat. Er hat so sechs Millionen Menschen vor dem gleichen Elend, vor der gleichen Verzweiflung bewahrt, die über uns Deutsche im Reich jetzt hereingebrochen sind.

Ihr Land steht dank seines Führers auf festem Boden in stetem Aufbau begriffen — Deutschland liegt zerschmettert darnieder!

Eine Wenderung unseres Zustandes muß und wird auch bei uns kommen; wann . . . wie . . . mer weiß das heute?

Ein Jubiläum deutscher Kolonisten.

200 Jahre Schwabenansiedlung in Südbungarn.

In schwerer Zeit haben deutsche Stammesgenossen im Osten ein Jubiläum gefeiert, es ist das 200jährige Jubiläum der deutschen Einwanderung, das unsere 1.200.000 Seelen zählenden Brüder im ehemaligen Südbungarn, heute zwischen Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt, jetzt in allen Gemeinden feierlich begingen. Die größte deutsche Tat der Habsburger war die Besiedlung des südbungarischen Gebietes mit süddeutschen Bauern. Der Frieden von Passarowitz (1718) hatte den letzten noch im Besitz der Türken befindlichen Teil Mitteleuropas dem Halbmond entziffen. Der Kampf um die Donaugrenze war vorbei, jetzt erst waren die Türken, die 25 Jahre vordem noch vor Wien gestanden hatten, endgültig besiegt. Nun galt es, die Siege Prinz Eugens und Karls von Lothringen friedlich zu befestigen. Die öde, sumpfige, fieberchwangere Tiefebene zwischen den Strömen Donau, Theiß, Marosch, Drau und Save mußte mit zuverlässigen Elementen besiedelt werden, sollte hier nicht ein gefährliches Uebergangsland, ständig bedroht, entstehen. Die Wiener Hofkammer besann sich nicht lang, 1723 beschloß der ungarische Landtag mit Artikel 103 die Besiedlung durch deutsche Bauern vorzunehmen. Der Grundstein für ein eigenartiges Stück deutscher Geschichte war gelegt, das ähnlich auch in den Steppen Südrusslands entstand. Stilles deutsches Helldorn folgte dem stegreichen Schlachtengetöse. Noch klangen zwar überall die Kriegstrompeten, die zuerst vom Prinzen Eugenius, dem edlen Ritter, zu blasen verstanden. Die Marsch-Regimenter vermandelten sich in Grenzer, auf den „Ulmer Kästen“ schwammen „Heiratschiffe“ die Donau abwärts, Bauern und Bürger zogen in Scharen ins ferne Ungarland, wo man jedem ein großes Stück Land, die Sehnsucht eines jeden Deutschen, versprochen hatte. Wien trieb Glacispolitik auf weiteste Sicht. Bald war der Balkan hermetisch von Mitteleuropa abgeschlossen. Mauern entstanden aus deutschen Leibern, Seelen und Heimstätten, die unübersteigbar waren, denn noch nie ist deutsches Schollenbewußtsein besiegt worden. Das erste Geschlecht kam im Sumpf, an der Cholera und Malaria um, das zweite hatte Wurzel gefaßt, blühte und geblüht, und heute stehen viele Hunderte reicher deutsche Dörfer inmitten prangender Fluren, unermeßlich reicher Weizenfelder. Infolge dieser Abriegelung des Balkans durch deutsche Siedler, die, wenn es galt, den Spaten auch mit Gewehr zu vertauschen mußten, ist erst die Wiederaufrichtung Ungarns nach der entsetzlichen Türkenherrschaft möglich gewesen.

Der süddeutsche Bauer stand hier und arbeitete, breitete sich aus und vermehrte sich. Aber langsam entglitten dem Bauernstand die geistigen Führer. Die natürliche Ueber-schichtung des deutschen Bauernvolkes mit einer deutsch-bemühten Intelligenz blieb aus. Einer der ganz hoch begnadeten Menschen dieses Stammes, der „Erbschwab“ Adam Müller-Guttenbrunn hat uns in seiner lebenswarmen, prächtigen Romanen die Geschichte seines Stammes geschildert. Als die Volksschule, die letzte Waffe des Deutsch-

tums, den Bauern auch durch geschickte Spiegelfechtere aus der Hand geschlagen wurde, da begann es langsam abwärts zu gleiten. Jahrzehntlang schlummerte das ungarische Deutchtum sich bestirbt vom magyarischen Staatsgedanken. Es blieb zwar deutsch, aber dieses Deutchtum konnte nur raffenhaft bestehen, es war keine Bewusstheit und deshalb so gut wie wertlos. Es bedurfte einer so ungeheuerlichen Erschütterung wie des Weltkrieges, um dieses schlafende Meer zu wecken. 1918 brach mit fast elementarer Gewalt das Deutchtum hervor, überall entstanden deutsche Vereine, deutsche Schulen, gestaltete sich eine deutsche politische Arbeit. Zwar zerbrach der Frieden von Trianon das große Werk der Habsburger, die Abriegelung des Balkans, die Bruchstücke gingen in die neuen Staaten über, noch aber stehen sie, kraftvoll und froh, wenn auch nur Pfeiler in der slavisch-rumänisch-balkanischen Flut. Sie stehen! Das ist vorläufig die Hauptsache und sie stehen aus eigener Kraft und wachsen von innen heraus und werden sich abermals zur Brücke schließen.

Wer die mannhaften Worte und nicht weniger mannhaften Taten der deutschen Parlamentarier in Bukarest und Belgrad hört und sieht, der weiß, daß keine Gendarmerechtheit, keine politischen Schikonen den Willen zum Bestehen hier brechen kann. Nicht nur an Rhein und Ruhr wird das deutsche Eisen zu Stahl geschmiedet, auch hier im Südosten wächst ein neues Geschlecht. Die vielen tausend reichsdeutschen Kinder, die Studenten-Scharen, die in diesem Sommer wahrhafte Gastfreundschaft hier gefunden haben, sie werden davon erzählen, daß die Föhne des deutschen Gedankens hier hoch im Winde flattert. Möge das deutsche Mutterland bei diesem Jubelfest auch von den Wionieren des Südostens lernen, daß nur Einigkeit stark macht, dann ist das zweihundertjährige treue Anhängen auf weit vorgeschobenen Posten nicht vergeblich gewesen.

Der tägliche Schulärger.

Wir müssen uns tatsächlich eine eigene Spalte freihalten, um die täglich in steigender Zahl einlaufenden Klagen und Vorstellungen aus Eltern- und Lehrerkreisen über Schulangelegenheiten zu bewältigen. Wahrhaftig schreckliche Unkenntnisse der Kinder, politische Agitation in der Schule, Terrorfälle, Spitzel- und Erpressungswesen sind die hauptsächlichsten Gegenstände dieser Mitteilungen, aus denen sich eine wahre Chronique scandaleuse der Götterschule zusammensetzt.

So teilt uns eine Lehrerin aus dem 7. Bezirk mit, daß in einer Schule des Bezirkes der Schuldiener im Auftrag des Schulleiters während des Unterrichtes von Klasse zu Klasse gehe mit der Einladung zu einer roten Wählerversammlung und die Lehrer auffordere, diese Einladung zur Kenntnis zu nehmen und sich durch Unterschrift zum Erscheinen zu verpflichten. — In einer Schule des 12. Bezirkes sammelt eine marxistische Lehrerin in den Pausen die Kinder um sich und fordert sie auf, den Eltern nahezufragen, am 21. Oktober richtig zu wählen. — Eine Arbeiterfrau teilt uns mit, sie habe in den letzten Tagen auf dem Goldenen Platz einen „Rehrspaziergang“ beobachtet, dem Alter nach eine erste Bürgererschulklasse mit einem noch recht grün aussehenden Lehrer. Vor den Standbildern des Erzherzog Karl und des Prinzen Eugen habe der Lehrer Halt gemacht und den Bublen zugerufen: „Schaut sie nur an, die Leutekinder, die Massenmörder! In hundert Jahren wird man niemandem mehr dafür ein Denkmal setzen, weil unter seinem Kommando Leute umgebracht worden sind. Stupit's eure Eltern, daß sie am Einundzwanzigsten ordentlich wählen, sonst müßt's ihr in ein paar Jahren auch wieder in den Krieg.“ „Wäre es nicht besser“, schreibt die Frau wörtlich, „wenn die Kinder in der Schule blieben und Rechnen, Schreiben und Lesen lernen würden, statt daß sie auf der Gasse sich herumtreiben und die Helden des Vaterlandes verhöhnen?“

Eine andere Mutter klagt: „Mein zwölfjähriges Mädel kam gestern ganz aufgeregt und verneint aus der Schule nach Hause, wollte nichts essen und war förmlich außer sich. Sie erzählte, daß die Lehrerin ein Gedicht vorgelesen habe, worin eine alte, gebrechliche Frau von dem eigenen Sohn aus dem Hause herausgeworfen werde. Aus Mache zündet die alte Frau die Hütte an, so daß der Sohn und die Schwiegertochter kläglich verbrennen. Die Mutter freut sich, wie sie das Kammerndes verbrennenden Sohnes hört! Mein Töchterl fragte mich ganz verstört, ob so etwas möglich sei, auch die anderen Kinder seien ganz außer sich gewesen. Ich frage nun, ob solche krasse Dinge vor die Ohren von Kindern gehören. Sie sind nur geeignet, das Verhältnis von Eltern und Kindern zu zerstören und das kann doch nicht die Aufgabe der Schule sein. Dabei weiß mein sonst aufgewecktes und fleißiges Mädel nicht die wichtigsten Dinge aus Geschichte und Geographie, die Hauptstädte der Länder, die Namen großer Helten und Kaiser usw.“ (Tatsächlich befindet sich das Gedicht, auf das die Schreiblerin anspielt, in einem Bündchen der neuen Klassenlektüre. Es heißt „Heidebrand“ und ist von Detlev v. Liliencron. Ann. d. Red.) Es schließt mit den Worten:

Vom Walde schaut ich den Feuerchein,
Es lachte mir das Herz!!!
Den Angstruf hört ich, das Hilfeschreien,
Es lachte mir das Herz!

Das sagt eine Mutter vom Tod des Sohnes und mit solchem Graus wird die Vorstellung zwölfjähriger Kinder beschäftigt!

Aus einer Elternversammlung im 16. Bezirk wird berichtet, daß ein älterer, im ganzen Bezirk geachteter Mann von den anwesenden Marxisten mit groben Worten zum Verlassen des Lokales aufgefordert wurde, weil man mit „solchen Leuten“ nicht in einem Raum sitzen könne. Grund: der Name des Betroffenen war in einem Spendenausweis der „Reichspost“ gestanden...

Ein Lehrer schreibt als Schlusswort seines Briefes: „Es ist fast bedauerlich, anzusehen, wie fieberhaft die Agitation der Sozialdemokraten in den Schulen mit dem Deranrücken des Wahltages zunimmt: Flugblätter, Bitten, Drohungen und Schmeicheleien und Aufregungen an die Eltern für Adresse der Kinder. Der Unterricht ist längst Nebensache geworden. Nächste Zeit, daß der 21. Oktober kommt, der diesem Treiben hoffentlich so und so ein Ende setzen wird.“

Besonders auf das zweite „so“ kommt es an.

Man schreibt der „Reichspost“ aus einem der äußeren Wiener Bezirke: Für uns Lehrpersonen ist es geradezu elektrisierend, mit welcher Aufdringlichkeit von Seiten der sozialdemokratischen Schulbehörden Wahlpropaganda getrieben wird. In der Elternratsversammlung hielt der Oberlehrer eine Rede, in welcher er, anstatt die Eltern an ihre Pflichten gegenüber der Schule zu mahnen, mit weitschweifigen Worten alles pries, was die jetzige Gemeindeverwaltung für die Schule getan hat, während die frühere (!) nichts getan habe. Es fehlte nur der Satz: „Wählt sozialdemokratisch!“

Ein Lehrer schrieb auf zwei Tafeln die „vielen Millionen“ auf, die von der Gemeinde Wien für die Schule verausgabt wurden. Die Kinder mußten es abschreiben und nach Hause tragen. Auch hier fehlte bloß noch das Wort: „Eltern wählt...!“

Täglich werden Schulkinder aus der einen oder der anderen Klasse mit Einladungen, Zirkularen für sozialdemokratische Versammlungen zur Widmung von einem Klassenlehrer zum andern geschickt. Wehe dem Lehrer, der seine Unterschrift nicht gibt, und so erkennen läßt, daß er mit dieser aufdringlichen Götterschulpropaganda nichts zu tun haben will.

Wiesach werden die Schüler sich selbst überlassen, weil die sozialdemokratischen Lehrer mit intensiver Wahlpropaganda beschäftigt sind. Einer der getreuesten sozialdemokratischen Lehrer wurde für diese Woche beurlaubt, um auf Wahlpropaganda zu gehen.

Was in meiner Schule geschieht, vollzieht sich gewiß auch in vielen anderen. Wenn das sich jemals eine andere Partei erlaubt hätte.

Reine Aufhebung des Nordwestbahnhofs.

Nur eine Einschränkung des Verkehrs.

Da in letzter Zeit wieder viel von einer bevorstehenden gänzlichen Aufhebung des Nordwestbahnhofs gesprochen wird, hat die „Reichspost“ an zuständige Stelle diesbezügliche Erkundigungen eingezogen und dort erfahren:

Von einer Aufhebung des Nordwestbahnhofs kann augenblicklich gar keine Rede sein. Wenn wir trachten, Züge aufzulassen, die sich nicht rentieren, und Linien nicht mehr zu fahren, die überflüssig geworden sind, weil sie ohnehin eine andere Bahn auch führt, so ist damit noch nicht gesagt, daß wir den Bahnhof auflassen und den ganzen Verkehr einstellen. Wir wollen nur verhindern, daß sechs Millionen die Führung eines Zuges zahlen müssen, den nur zehn Leute benutzen.

Die Erste Oesterreichische Segelflugwoche.

8 Starte am Donnerstag.

Durch die Windverhältnisse nicht begünstigt, startete heute als erster Pilot Ing. G. a. z. d. a., der auf der Maschine „Espanlaub“ fast bei Windstille aufstieg und bei einer Flugdauer von 2 Minuten 56 Sekunden eine Flugstrecke von 2025 Metern erreichte. Es war dies der erste Flug des Piloten auf einer Segelflugmaschine. Als zweiter startete Ing. S. t. a. m. e. r. auf seiner Maschine „Holz der Teufel“, in die er diesmal einen Hilfsmotor von 5 PS eingebaut hatte. Es war dies der erste Versuch mit Hilfsmotor in Oesterreich, der bemerkenswerte Resultate gezeigt hat. Inzwischen war die Maschine „Espanlaub“ wieder heraufgebracht und von neuem montiert worden und Ingenieur G. a. z. d. a. ging zum zweitenmal an den Start. Er wollte die B-Prüfung machen, kam in der zweiten S-Kurve auf den Berg los und mußte in einem Hohlweg landen, wobei ein Flügel der Maschine havariert wurde. In den Nachmittagsstunden starteten bei fast gänzlichem Windstille die beiden Schwesternmaschinen „Große Welt“ vom Aeroklub und „Technische Hochschule Wien“ unter Führung der Piloten Ingenieur F. i. a. l. a., Ing. G. r. i. e. n. t. s. e. l. d., Major K. e. r. w. a. n. y. und Ingenieur L. o. s. e. r. t. Vor dem Start der Maschine der Technischen Hochschule machte Ing. S. t. a. m. e. r. einen Flug auf der Maschine außer Konkurrenz, wobei er bei der Landung einen sauberen Uberschlag vorführte.

Gegen die Autoblage im Wiener Wald.

Der Verband zur Wahrung allgemeiner touristischer Interessen hat an das Bundesministerium für soziale Verwaltung (Volksgesundheitsamt) eine Eingabe gerichtet, in der gegen das Befahren von Straßen des Wiener Waldes, in den Alpen- und in den Voralpentälern, in der Umgebung Wiens und anderer größerer Städte Stellung genommen wird. Insbesondere an Sonn- und Feiertagen, wo tausende Erholungsbedürftige nach den Wäldern ziehen, erscheint es als eine gesundheitliche Notwendigkeit, daß denselben der Aufenthalt in möglichst staubfreier Luft ermöglicht wird. Das Fahren der Automobile verursacht aber derartigen Staub und Benzindunst, daß solche Erholungswanderungen sehr beeinträchtigt werden und häufig überhaupt keine Erholung mehr bieten. Aber auch Wohnungen und Gärten, die an solchen Straßen liegen, erscheinen sehr beeinträchtigt und die Wirtschaften, die in solchen Gegenden bisher von Wanderern aufgesucht wurden, fühlen sich in ihrem Bestande bedroht. In der Schweiz, die für den Fremdenverkehr gewiß ein maßgebendes Urteil abzugeben vermag, ist fast auf allen Straßen der Alpenländer an Sonn- und Feiertagen der Autoverkehr verboten. Der erwähnte Verband richtet deshalb an das Volksgesundheitsamt die Bitte, dahin zu wirken, daß die hiesig zuständigen Landes- und Bezirksbehörden ein Verbot des Autoverkehrs an Sonn- und Feiertagen auf den für den Ausländerverkehr in Betracht kommenden Straßen des Wiener Waldes, sowie der Voralpen- und Alpenländer erlassen.

Jeder, der an einem Sommersonntag nach längerer Trockenheit auf einer Straße gewandert ist, erkennt wie berechtigt diese Forderung der touristischen Vereine ist.

Die Refermarter Laurentiusstatue zustandegebracht.

Auch die andern gestohlenen Statuen aus oberösterreichischen Kirchen sichergestellt.

Salzburg, 18. Oktober.

In der Nacht zum 9. d. ist, wie berichtet aus der Pfarrkirche in Refermarkt (Oberösterreich), eine aus dem 15. Jahrhundert stammende Statue des heiligen Laurentius, ein ungemein wertvoller Teil des berühmten Refermarkter Altars, gestohlen worden.

Beamte der hiesigen Polizeidirektion haben die Statue bei einem Altwarenhändler zustandegebracht, der sie um vier Millionen Kronen gekauft hatte.

Bei dem gleichen Altwarenhändler, wurden ferner zwei jüngst aus oberösterreichischen Kirchen gestohlene Holzstatuen sichergestellt, und zwar eine Marienstatue aus der Kirche von Raasdorf bei Freistadt und eine St. Anna-Statue aus der Kirche von Pulgarn bei Steyregg. Als Diebe kommen ein Hausierer namens Josef W. a. i. r. aus Straßnitz in Mähren und dessen Komplize Peter G. e. r. aus Wels in Frage, deren Verfolgung eingeleitet ist.

Ein Rhinoceros gefällig?

Ein Besuch in der Arche Benson.

Der seltsamste Händler der Welt dürfte zu Hoboken in New Jersey sein Geschäft haben. Es ist dies John L. Benson, der amerikanische Vertreter der weltberühmten hamburgischen Firma Hagenbeck, und er verkauft Tiger und Elefanten, Giraffen und Affen, dressierte Ferkel und Schlangengift. Einen Besuch in dieser Arche der wilden Tiere schildert H. A. Wischart im „American Magazine“ und erzählt uns auch von den merkwürdigen Geschichten, die Benson aus seiner Praxis mitzuteilen weiß. An der Tür des Ladens steht in großen Lettern angeschrieben: „Gehet, der durch diese Tür geht, tut es auf seine eigene Gefahr“, und des weiteren liest man: „Alles, was sich hier findet, ist verkäuflich. Finden Sie nicht, was Sie brauchen, so bestellen Sie.“ Geht man durch den Laden hindurch, so kommt man in einen mächtigen Raum, der wie eine große Automobilgarage aussieht. Rings herum an den Wänden sind einzelne Käfige und größere Verschläge, in denen sich Elefanten, Zebras, Giraffen, Kamels und Büffel befinden. Ueber diesen Käfigen laufen dann in mehreren Stockwerken kleinere Käfige an den Wänden entlang, und hier sind schwarze und braune Bären, Löwen und Tiger und Affen in großer Zahl eingesperrt. Polizeihunde begrüßen den Eintretenden mit wütendem Gebell, zahme Affen springen an ihm empor; es herrscht wilder Lärm und Bewegung, und ruhig ist in diesem Gemirr nur der Eigentümer dieser riesigen Menagerie, der im jahrzehntelangen Verkehr mit den Tieren sich eine philosophische Weltanschauung und die nötige Gemütsruhe erworben hat.

Das Telephon klingelt. Benson geht heran, und spricht mit einer großen New Yorker Filmfabrik, die innerhalb von zwei Monaten 100 Kamele haben möchte, 12 zum Reiten und die übrigen als Lasttiere. Benson erklärt ruhig, daß er sie erst in vier Monaten liefern könne, und zwar kosten die Reitkamele 800 Dollar das Stück, die andern Kamele 600 Dollar. Das Geschäft ist abgeschlossen. Die 100 Kamele werden von den Hagenbeckfarmen in Indien und Südafrika verschifft werden, paradien dann ein paar Wochen bei den Aufnahmen eines Monsterfilms in Los Angeles und können dann sehr viel billiger an Zoologische Gärten oder Zirkusse abgegeben werden. Nicht alle Aufträge in diesem merkwürdigen Geschäft sind so leicht auszuführen. Da bestellen zum Beispiel der Zoo in St. Louis und der in Cincinnati jeder ein Rhinoceros in vorzüglichem Zustande. Der Auftrag wird nach dem Hamburger Hauptgeschäft weitergegeben und von dort geht dann der Auftrag nach Indien. Aber Rhinocerosse sind ein so seltener Artikel, daß sie erst gesucht werden müssen. Nach sieben Monaten kommt die Mittelluna, daß zwei weibliche Rhinocerosse von vortrefflicher Qualität gefangen worden sind. Nun beginnt aber erst die Schwierigkeit der Verladung, denn diese riesigen Dickhäuter sind recht anfällige Tiere und man muß sie mit größter Vorsicht behandeln. Wirklich holt sich denn auch das eine Rhinoceros eine Erkältung, stirbt in New York an einer Lungenentzündung, und während es im lebendigen Zustande 10.000 Dollar wert war, kann nun nur die Haut für 300 Dollar an ein naturgeschichtliches Museum verkauft werden.

Nicht minder schwierig sind Aufträge zu erfüllen, bei denen es sich um dressierte Tiere handelt. Da verlangt ein Götterhändler einen besondern schönen Löwen, der darauf dressiert sein soll, am Schluß der Vorstellung müdeholl aus der Röhle der Löwen herauszukriechen und sich auf ein Paar neben dem Wandler an zu legen. Es muß ein ganz besonders schönes und ausdauerndes Tier ausgewählt werden; dieses wird dann daran gewöhnt, sich auf ein Paar zu legen, auf dem es immer eine Fleischmahlzeit findet, man legt schließlich eine ansehnliche Rubbe auf das Paar, neben der sich der Löwe niederläßt, und zuletzt tritt der Wandler an die Stelle der Rubbe. Ein anderer Dressur verlangt ein Pferd, das sich nach Menschenart ins Bett legt. Auch das muß man einem geeigneten Tiere heibringen. „Den merkwürdigsten Auftrag, den wir je erhielten“, lautet Benson, „war der nach einem Otter Schlangenotter; er kam von einer südamerikanischen Weiberstadt, um Serum herzustellen, und wir mußten das Gift über ein halbes Jahr von indischen Giftschlangen sammeln lassen.“ Der größte Auftrag war der eines Zirkus; er half sich auf 12 Elefanten, 35 dressierte Pferde, 9 Gajahayon, 11 Sämen und 7 Zinor. Am Jahre verfaufte ich etwa 3000 Affen und 60.000 Vögel, 130 bis 150 dressierte Sämen, 30 Ferkel, 35 ausgewachsene und etwa 15 kleine Elefanten und dazu eine ganze Anzahl Leoparden, Robras, Quas, Büffel usw. Am liebsten werden orangenartige Giraffen bezahlt, weil sie am liebsten zu bekommen und zu beschaffen sind. Eine Giraffe kostet etwa 12.000 Dollar, ein Rhinoceros, die teuerste Ware danach, kostet 10.000 Dollar das Stück, ein polynesischer gewöhnlicher sibirischer Tiger 2000 bis 3000 Dollar.“